Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1921

172 (27.7.1921)

Visual Library

No. 172 Karlsruhe, Mittwoch den 27 Juli 1921 41. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelexemplar 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Entente und Oberschlesien

WTB. London, 26. Juli. Reuter meldet amtlich: Der Oberste Rat wird am 4. August in Paris zusammentreten. Lord Curzon und Balfour werden auf der Konferenz England vertreten. Lloyd George wird wahrscheinlich nicht zugegen sein.

WTB. Paris, 26. Juli. Havas teilt mit: Entsprechend dem jetzt von Frankreich, England und Italien aufgenommenen Verfahren, wird die **Sachverständigen-Kommission**, die die **oberschlesische Frage** vor dem Zusammentritt des Obersten Rates prüfen soll, **kommenden Donnerstag** in Paris zusammentreten.

WTB. London, 26. Juli. Wie Reuter erfährt, haben die **britische** und die **französische Regierung** nunmehr ein **Einverständnis** über die Fragen von prinzipieller Bedeutung erzielt, die mit **Oberschlesien** im Zusammenhang stehen. Wie bereits mitgeteilt, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der **Oberste Rat am 4. August zusammentritt.** Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen und hat, um dem Wunsche Briands entgegenzukommen, ferner dem zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen Sir Cecil Hurst, Rechtsbeirat des Auswärtigen Amtes, Tufton, Vorstand des mitteleuropäischen Departements, und Waterlow, Mitglied dieses Departements, sind heute abend nach Paris abgereist. Eine Reise der Genannten nach Oberschlesien wird nicht in Erwägung gezogen. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen ist eine viel bessere Atmosphäre geschaffen worden. In der Tat besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die oberschlesische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden.

WTB. Paris, 26. Juli. Nach dem „Petit Parisien" ist der **englisch-italienische Vorschlag**, wonach ein Teil des oberschlesischen Gebietes Deutschland, ein anderer Teil Polen übertragen werden soll, endgültig **fallen gelassen** worden, weil er nur dazu angetan sei, die Leidenschaften zu steigern. Die britische Regierung erklärt, daß Sir Harald Stuart um einen mündlichen Bericht in London gebeten worden sei.

WTB. Paris, 26. Juli. Nach einer Blättermeldung hat gestern im Unterhaus im Anschluß an die Erklärung Lloyd Georges, er werde am Donnerstag eine Mitteilung über die oberschlesische Frage machen können, Oberst Wedgewood die Regierung gefragt, ob sie sich bewußt sei, daß auf allen Seiten des Hauses eine starke Opposition gegen das Vorgehen der Franzosen in Oberschlesien bestehe. In dem allgemeinen Lärm sei auch der Widerspruch des Ministers vernehmbar gewesen.

•

Neue Unruhen in Oberschlesien

TU. Breslau, 26. Juli. Sowohl in **Rybnik** als auch in anderen Kreisen wurde von zuverlässigen Zeugen beobachtet, daß von **polnischer** Seite erneut **große Waffenmengen verteilt** wurden. Der deutschen Bevölkerung habe sich infolgedessen neue Entrüstung bemächtigt.

WTB. Oppeln, 26. Juli. In **Kostellitz** fand gestern abend in elfter Stunde ein **neuer Angriff der Insurgenten** statt. 50 bis 60 Mann griffen die Kommando der Apo an. Zwei Stunden später steckten die Insurgenten die Poprotny-Mühle in Brand. Aus der Richtung Wilhelms-Mühle wurde sehr stark geschossen. Es wurde festgestellt, daß dort eine starke Schützenlinie von Insurgententruppen, unterstützt von polnischen bewaffneten Insurgenten, vor der Mühle lagen. Die Poprotny-Mühle ist vollständig abgebrannt.

WTB. Oppeln, 26. Juli. Die Lage im **Kreise Rybnik** hat sich verschärft. In der Stadt und auf dem Lande verstärkten sich die Insurgenten durch Zuzug aus Kongreßpolen. Die Gewalt ist nach wie vor in den Händen des polnischen Kreisbeirates in Rybnik, der sogar an die einzelnen Ortsvorstände Fragebogen über Anzahl der Bewohner, Getreidemengen, Größe des Viehbestandes versendet. Eine Belegschaftsversammlung der Emmagrube beschloß, sämtliche deutsche Beamten herauszuwerfen. Die Donnersmarckgrube ist von bewaffneten Insurgenten besetzt. Das Zentrum der polnischen Kampforganisation ist jetzt Neudeck, östlich Tarnowitz an der polnischen Grenze. Rund 80 deutsche Familien haben Loslau verlassen. In Rybnik ist die Zahl noch höher. Nach Dziorkowitz wird eine Kompagnie Italiener gelegt werden. In Raudenz ist ein Zug französischer Husaren eingetroffen.

•

TU. Paris, 27 Juli. Die **wirkliche und tatsächliche Entscheidung über Oberschlesien** kann schon auf der **Sachverständigenkonferenz** fallen, denn wahrscheinlich wird man das System der **Ausschußberatungen**, wie es auf der großen **Pariser Friedenskonferenz** üblich war, anwenden und die Ergebnisse der Ausschußberatungen dem Obersten Rat fix und fertig vorlegen. Es bleibt dann dem Obersten Rat nur übrig, die Beschlüsse und Grundzüge dieser Ergebnisse für die Disposition maßgebend zu erachten. **Der englische und italienische Standpunkt scheint nun der zu sein, daß die ausschließlich deutschen und die ausschließlich polnischen Gebiete sofort teils an Deutschland, teils an Polen übergeben werden und das umstrittene Gebiet in dieser Weise in der Folgezeit aufgeteilt wird.** Diese sofortige Aufteilung des weitaus größten Teils Oberschlesiens würde für Deutschland außerordentlich ungünstig sein. Sie widerspricht auch dem Geiste der Versailler Bestimmungen über das Plebiszit und dem historisch festgelegten Sinn eines Plebiszits überhaupt. Trotzdem scheinen die französischen Sachverständigen mit dieser Lösung nicht einverstanden zu sein. Besonders will man die strategischen Punkte Rosenberg und Leobschütz nicht an Deutschland geben lassen.

Statt Truppen nach Oberschlesien Drohung am Rhein

TU Paris, 27. Juli. **Der „Temps" bereitet in seinem gestrigen Leitartikel darauf vor, daß Frankreich auf die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien verzichten und sich mit einer Drohung am Rhein für den Fall deutscher Unruhen in Oberschlesien begnügen wird.**

Sitzung des Reichskabinetts

TU. Berlin, 27. Juli. Das **Reichskabinett** trat gestern nachmittag zur Besprechung politischer Tagesfragen zu einer Sitzung zusammen, an der auch **Reichspräsident Ebert** teilnahm. Vorher war der englische Botschafter im Auswärtigen Amt erschienen, um Dr. Rosen eine Mitteilung seiner Regierung zu machen.

Ein bemerkenswertes amerikanisches Urteil über die politische Lage

WTB. London, 26. Juli. „Philadelphia Public Ledger" veröffentlicht einen Aufsatz des gegenwärtig in London weilenden Obersten House, in dem es heißt: Ein Erfolg der Deutschen in der oberschlesischen Frage wird wahrscheinlich ein Sturz der Regierung Briand, und ein Erfolg der Polen den Sturz des Kabinetts Wirth verursachen und möglicherweise müssen beide Regierungen am Ruder bleiben, wenn Mitteleuropa die Chancen haben soll, einige Stabilität zu erlangen. Briand würde bei seinem Abgang wahrscheinlich durch einen Vertreter einer agressiveren Politik ersetzt werden. Dann eröffnet sich die Aussicht für eine Besetzung des Ruhrgebiets usw. Eine solche Politik würde von Deutschland mit dem Entschluß aufgenommen werden, nichts weiteres für die Lösung des Reparationsproblems zu tun. Die Folge wäre für Deutschland: größte soziale, industrielle und finanzielle Unordnung und für Frankreich und England eine Verschärfung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Differenzen. House führte weiter aus: Großbritannien werde die Verbindung mit Frankreich nur zerschneiden, wenn letzteres eine extremere Haltung einnehme. Frankreich könne im Augenblick mit Hilfe seines Heeres den Kontinent beherrschen. Dies würde aber Frankreich isolieren und die moderne Zeit gestattet keiner Nation, eine solche Haltung einzunehmen. Großbritannien habe ebenso wie Deutschland eine Bevölkerung, die nur bei voller Tätigkeit der Industrie und des Handels Unterhalt finden könne. Großbritannien leide infolgedessen weit mehr als Frankreich unter den widerwärtigen, unsicheren Zuständen.

Die Lebensmittellage in Württemberg

TU. Stuttgart, 26. Juli. Der württembergische Ernährungsminister Dr. Schall erklärte, in den nächsten Monaten sei eine nicht unerhebliche Preissteigerung auf dem Gebiete der Lebensmittel zu erwarten. Eine Auswirkung auf die Löhne wird sich nicht umgehen lassen. Die Industrie müsse sich rechtzeitig darauf einstellen, um Gefahren zu begegnen.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag gestorben

TU. Köln, 26. Juli. Staatssekretär a. D. Geh. Justizrat Trimborn ist an den Folgen einer Operation gestorben.

Abgeordneter **Trimborn** gehörte seit 1896 der **Zentrumsfraktion** des **Reichstages** und bis zum Jahre 1918 auch der des preußischen Landtags an; auch in der verfassunggebenden Nationalversammlung vertrat er als Mitglied des Zentrums seine rheinische Heimat. Seit Januar 1920 bekleidete er das Amt des **Vorsitzenden** der deutschen **Zentrumspartei** und ebenso war er im Reichstag der Führer der Fraktion. Er gehörte weder dem linken noch dem rechten Flügel des Zentrums an, soweit man bei dieser Partei eine solche Unterscheidung anwenden darf, sondern suchte, namentlich seitdem er die Leitung der Reichstagsfraktion übernommen hatte, auf einer **mittleren Linie** die Fraktion und die Partei zu einem geschlossenen Auftreten zusammenzufassen. Die Beweglichkeit, die ihn als Rheinländer auszeichnete, kam ihm in seiner führenden Stellung sehr zu statten und erleichterte ihm auch die Aufgaben der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Koalitionen, an denen das Zentrum seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung jeweils maßgebenden Anteil hatte. Als Redner trat er im Gegensatz zu früher in den letzten Monaten nur noch dann hervor, wenn er offizielle Erklärungen abzugeben hatte.

Vom französischen Militarismus

TU. Washington, 27. Juli. Der Senator Borah hat im Senat u. a. vorgebracht, **Frankreich sei gegenwärtig die allermilitarischste Nation.** Die französische Armee von 800 000 Mann sei unnötig stark. Auch England gebe enorme Summen für Heer und Marine aus. **Wenn die europäischen Mächte nach wie vor große Summen für ihre Rüstungen ausgeben sollten, würde die amerikanische Regierung berechtigt sein, für die sofortige Bezahlung der Ententeschulden an Amerika besorgt zu sein.** Die Ententeregierungen müßten sich mit Amerika unbedingt über das Abrüstungsproblem in Verbindung setzen. Der Senator ist der Führer der extrem nationalistischen Vertreter im Senat, von denen der Sturz Wilsons und die Wahl Hardings ausgegangen ist. Borah ist somit der Führer des äußersten rechten Flügels der republikanischen Partei.

Der Streit um das Wegerecht

Die große Aufregung Frankreichs darüber, daß Deutschland seine Bereitschaft, französische Truppen nach Oberschlesien hindurch zu transportieren, von der Zustimmung Englands und Italiens abhängig machte, begreift man erst dann richtig, wenn man erkennt, daß es sich für Frankreich nicht nur um eine einzelne Angelegenheit handelt, sondern um eine Frage, die alle Angelegenheiten des Friedens in den nächsten Jahrzehnten entscheidend berührt. Frankreich ist sich abermals dessen bewußt geworden, daß es als Frankreich Deutschland gegenüber überhaupt gar keine Rechte hat, sondern daß es nur als Mitglied einer Staatengesellschaft solche Rechte besitzt, und daß der Genuß dieser Rechte immer nur über jene Gesellschaft zu vollziehen ist. Es ist das ein ähnliches Verhältnis wie zwischen einem Großaktionär einer Aktiengesellschaft auf der einen Seite und einem Hauptschuldner der Gesellschaft auf der andern Seite. Was der eine dem andern schuldet, kann den ungeheuersten Betrag ausmachen, und doch kann der Aktionär keinen Pfennig vom Schuldner erlangen außer auf dem Wege über die Aktiengesellschaft. Das ist die Lage, in der sich Frankreich befindet, darüber sind so viele Franzosen wütend und darum schimpft die französische Presse auf die deutsche Regierung.

In diesem Fall trifft das Wort, daß wer schimpft unrecht hat, ganz genau zu. Die Rechtslage kann gar nicht klarer sein. Wenn die Alliierten gemeinsam den Transport der französischen Truppen durch Deutschland fordern, so hat Deutschland dieser Forderung einfach nachzukommen. Eine solche Verpflichtung besteht für Deutschland aber nicht, wenn es sich um eine Forderung einer der alliierten Mächte handelt. Das wäre ja auch ganz unsinnig, wenn das französische, das englische, das italienische und — theortisch — auch das amerikanische Militär jedes für sich das Recht hätte, wie es ihm beliebt, in Deutschland herumzumarschieren. Es wäre doch z. B. auch der Fall denkbar, daß Frankreich und England im Krieg gegeneinander gerieten — daß dann Deutschland den einen wie den andern durch sein Gebiet marschieren zu lassen verpflichtet ist, wird doch wohl niemand aus dem Friedensvertrag herauslesen wollen.

Tatsächlich besteht nun zwar zwischen Frankreich und England kein Krieg, wohl aber eine solche Spannung, daß es Deutschland in England als ein Akt der Unfreundlichkeit ausgelegt werden könnte, wenn Deutschland, ohne dazu verpflichtet zu sein, die Franzosen nach Oberschlesien durchmarschieren ließe. In dem Augenblick, in dem die deutsche Regierung die Forderung Frankreichs mit der Rückfrage beantwortete, ob die Zustimmung der Alliierten zu dem geplanten Transport gegeben sei, war diese Zustimmung nicht nur nicht vorhanden, sondern es war in London und Rom deutlich der Wunsch zu erkennen gewesen, daß dieser Transport nicht stattfinden möge. Ist Deutschland durch den Friedensvertrag etwa dazu verpflichtet, England und Italien vor den Kopf zu stoßen? Das kann doch ganz unmöglich der Fall sein.

Die Schwierigkeit der Lage, in der sich Frankreich befindet, dürfen wir vollauf würdigen. Nur, wir sind an ihr nicht schuld, denn wir haben den Vertrag von Versailles nicht gemacht. Frankreich ist mit allem, was es tut, von England und Italien abhängig, und diese Abhängigkeit kann unter Umständen sehr drückend werden. Wenn die französische Presse jetzt sagt, Deutschland übernehme durch seine Weigerung, den Hilfstransport zu fördern, volle Verantwortung für alles, was den französischen Soldaten in Oberschlesien widerfahre, so schlägt sie einen andern als den, den sie meint. Denn in Wirklichkeit waren es bisher England und Italien, die den französischen Soldaten in Oberschlesien die angeblich so notwendige Hilfe verweigerten. Wir sind allerdings der Meinung, daß sich die schon in Oberschlesien stehenden französischen Truppen vor den entwaffneten und in ihrer ungeheuren Mehrheit höchst friedlichen deutschen Bevölkerung Oberschlesiens nicht im allermindesten zu fürchten brauchen. Aber gesetzt den Fall, daß sich die Franzosen in Oberschlesien in der höchsten Not befänden, so würde es tatsächlich vom guten Willen der lieben Bundesgenossen abhängen, ob Frankreich auf kürzestem Wege Hilfe senden darf oder nicht. Daß dieser Zustand den Franzosen unangenehm ist, kann man verstehen.

Aber wie gesagt, es handelt sich nicht um die gegenwärtige Situation in Oberschlesien allein, es handelt sich um die Ausführung des ganzen Friedensvertrags. Auch hier ist Frankreich rechtlich auf Schritt und Tritt von seinen Verbündeten abhängig. Schon am Tage, an dem der Entwurf den deutschen Delegierten in Versailles überreicht wurde, schrieb der kluge Pertinax im „Echo de Paris" ebenso treffend wie ironisch, der Vertrag sei für Frankreich ausgezeichnet unter der einzigen kleinen Voraussetzung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen 30 Jahre lang einig bleiben würden. Mit dieser Einigkeit steht es aber jetzt schon nach zwei Jahren nicht eben besonders. Und auch daraus versteht man Frankreichs Aufregung und Frankreichs Sorge.

Darin liegt die große grundsätzliche Bedeutung dieses Streites um das Wegerecht. Frankreich wird sich auf die Dauer der Erkenntnis nicht verschließen können, gegen die

es sich jetzt noch sträubt, daß eine Verständigung mit Deutschland ohne alles Säbelrasseln und ohne jede Siegerpose seinen Interessen viel zuträglicher ist als das Bauen auf die vergebliche Hoffnung, es werde aller Zeit mit Hilfe seiner Verbündeten von Deutschland erlangen können, was es wolle. Auch für Frankreich ist der Frieden von Versailles eine Kette, und seine Freiheit kann es nur gewinnen auf dem Weg der Verständigung mit Deutschland. Ansätze zu einer solchen Verständigung sind wiederholt gemacht worden, auch jetzt wieder schweben wichtige wirtschaftliche Verhandlungen, auf die England nicht ohne ein gewisses Mißtrauen blickt. Aber diese Ansätze sind immer wieder von der Säbelpolitik des französischen Militarismus zerschlagen worden, der genau so blödsinnig ist, wie der Militarismus irgend eines anderen Landes. Man dürfte es begrüßen, wenn diese Krise der deutsch-französischen Beziehungen die letzte wäre und ihr die Heilung folgte.

Ministerpensionen

SK. Der frühere Staatssekretär Dr. August Müller hat sich in einem längeren Aufsatz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" mit der Frage der Ministerpensionen beschäftigt. Sollte jemand glauben, daß der Sozialdemokratie dieses Thema unangenehm ist, so würde er sich außerordentlich irren. **Die Ministergehälter sind seit der Kriegszeit fast unverändert geblieben, d. h. ein Minister bezieht jetzt ungefähr den zehnten Teil des wirklichen Einkommens, den die Minister der Kaiserzeit hatten.** Auf die Dauer wird man natürlich um eine angemessene Erhöhung des Einkommens der Minister nicht herumkommen. Dabei hatten die kaiserlichen Minister Pensionsanspruch. **Von den Sozialdemokraten, die Ministerposten bekleidet haben, bezieht kein einziger einen Pfennig Pension und hat nie einer Pension bezogen.**

Ein wenig **anders** steht es mit den **Ministern**, die in der Zeit der Republik aus den **bürgerlichen Parteien** kamen. Soweit sie **früher Beamte** waren, z. B. **Landräte, Kolonialbeamte** oder **Universitätslehrer**, haben sie — nicht alle, aber die meisten — sich auf den Standpunkt gestellt, daß ihre **Gesamtdienstzeit** ihnen Anspruch auf das Ruhegehalt der Minister gibt. Dabei haben auch **Anwälte** sich ihre **Dienstjahre** als **Notare**, als **Referendare** in der **Ausbildungszeit** oder als **Angehörige der Wehrmacht** auf das **Dienstalter anrechnen lassen** und **so mehr oder minder künstlich die Zahl der erforderlichen Dienstjahre zusammengebracht.**

Grundsätzlich wird man das **nicht billigen** können. Es liegt im Wesen der parlamentarischen Ministerien namentlich unter den deutschen Parteiverhältnissen, daß sie häufig wechseln, und **es wäre eine ganz übermäßige Belastung des Reichsetats, wenn jeder Minister eine dauernde Leibrente vom Reiche erhalten müßte.** Der **Grundsatz**, den Dr. August Müller aufstellt, daß **parlamentarische Minister** niemals Anspruch auf Pension erwerben dürfen, ist zu billigen. Auf der anderen Seite darf man freilich nicht verkennen, daß es **schon jetzt schwer fällt, die Männer als Minister zu gewinnen, die man** im **Interesse des Reiches gerne haben möchte.** In der Sozialdemokratie spielt das noch keine so große Rolle; denn die **sozialdemokratischen Führer sind im allgemeinen nicht durch hohe Einkommen verwöhnt.** Aber die **bürgerlichen** Parteien **leiden** darunter, daß **ihre Ministerkandidaten meist ablehnen, weil sie ihre einträglichen Geschäfte, Aufsichtsratsstellungen usw. nicht wegen einer vorübergehenden und schlecht bezahlten Ministerschaft aufgeben wollen.**

Die Lösung der Frage kann nur dadurch gesucht werden, daß man die **Minister anständig bezahlt** und ihnen **nach** dem Ausscheiden aus dem Amt ein **kurzfristiges Wartegeld** gibt. So ist die Frage von Preußen unter der Zustimmung aller Parteien bereits geregelt worden und im Reiche sollte das gleiche möglichst bald und ohne viel Aufheben geschehen.

Im übrigen sollte man die Kosten einer bestimmten Regierungsweise oder einer einzelnen Regierung nicht nach den Aufgaben bemessen, welche für die paar leitenden Personen gemacht werden. Eine ungeschickte Reichsregierung kann soviel verderben, daß daneben die Frage der Gehälter und Pensionen gar keine Rolle spielen. Möglich, daß die alte wilhelminische Regierungsweise äußerlich billig war; wie teuer sie das deutsche Volk zu stehen gekommen ist, kann man am Versailler Friedensvertrag und im Londoner Ultimatum ablesen. **Den Schaden, den das einzige rein bürgerliche Kabinett seit der Revolution, das Kabinett Fehrenbach gestiftet hat, hat der Zentrumsmann Erzberger mit 50 Milliarden Goldmark geschätzt.** Der Sozialdemokratie wird man ebenfalls durch die Erörterung der Frage der Regierungskosten und Ministerpensionen keine Verlegenheit bereiten.

Peinliche Fragen an die Monarchisten

Der Jenenser Jurist Professor Groland behandelt in einem Artikel die monarchistische Propaganda und richtet dabei an die Monarchisten diese Fragen:

„Wenn man die Frage der **Monarchie** in den Vordergrund stellt, und in dieser Staatsform das Ziel und die Rettung Deutschlands sieht, so soll niemandem die Meinung, daß die Monarchie eine bessere Staatsform sei als die Republik, genommen werden, wenn ich auch diese Meinung nicht zu teilen vermag. Allein, wenn man heute die Monarchie als politisches Postulat stellt, so muß man uns doch sagen, **in welchen staatsrechtlichen Formen** man sich das **Volkskaisertum** denkt, für das man das Volk zu begeistern versucht. Hier liegt das Problem, das nicht nur zu lösen, sondern auch erst einmal in der Form konkreter Vorschläge zu stellen ist. Selbstverständlich bestehen hier die **ungeheuerlichsten tatsächlichen Schwierigkeiten** selbst juristisch in Hinblick auf die Gesamtstruktur des Deutschen Reiches. **Politisch aber ist die Kompliziertheit der Lage so groß, daß man die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland direkt als die Quadratur des Zirkels bezeichnen kann.** Sollen **alle Monarchien** wieder hergestellt werden? Oder sollen **einzelne** Monarchisten als die **Nutznießer der Revolution die Erbschaft der verdrängten Monarchen** antreten? Soll z. B. **Thüringen** als Ganzes beibehalten werden, oder soll es wieder in seine Bruchteile zerschlagen werden? Wie denkt man sich die Einrichtung eines übergeordneten **Kaisertums** oder eines **Gesamtkaisertums**? Glaubt man, daß **Wittelsbach** sich noch einmal unter **Hohenzollern** beugt, oder daß zur **Abwechslung Hohenzollern der Vasall Wittelsbachs wird**? Alles das sind Fragen von so außerordentlicher Tragweite und Schwierigkeit, daß man sie selbst in unserer Zeit nicht mit Schlagworten lösen kann. Ich meine aber, ehe man für politische Postulate kämpft, muß man sich, selbst wenn man den Weg zum Ziel noch nicht kennt, über das Ziel ganz klar sein. Hier wird aber, namentlich wenn man von einem Volkskaisertum schlechthin redet, ein klares und bestimmtes Ziel aufgestellt. Und die **Anhänger der monarchistischen Idee verkennen auf das evidenteste, daß die Wiedereinführung der Monarchie der deutschen Freiheit grundlegend im Wege steht, da sie unter allen Umständen den Zerfall des deutschen Reiches bedeuten würde, nicht etwa, weil Teile des deutschen Volkes den Wiedereinführungsversuch mit dem Bürgerkrieg beantworten würden, sondern weil die dynastischen Interessen der einzelnen ehemals regierenden Häuser die Einheit des Reiches direkt in Frage stellen würden.**"

Das neue Lohnsteuergesetz

Vom **1. August 1921** an erfolgt wiederum eine **Aenderung** in der **Art des Steuerabzuges vom Lohn und Gehalt.** Das **neue System** bezweckt die Tilgung der Steuerschuld mit jeder Zahlung.

Im neuen § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes wird noch einmal festgestellt, was unter dem Begriff steuerbare Einkünfte zu verstehen ist. Als **Arbeitslohn** gilt der **Gesamtbetrag der Einkünfte**, die in öffentlichem oder privatem Dienste beschäftigte oder angestellte Personen beziehen, ganz gleich, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form. **Als Arbeitslohn gelten auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen, Bezüge aus der reichsgesetzlichen Angestellten-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung** und anderer Bezüge oder geldwertige Leistungen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

Dabei ist zu beachten, daß **nicht** zum steuerbaren Einkommen gehören: Kapitalleistungen aus Lebens- und Unfallversicherungen, Kapitalabfindungen als Entschädigung für Körperverletzung oder Krankheit, ferner die auf Grund der Militärpension bezogenen Verstümmelungs-, Kriegs- und Alterszulagen sowie die Rentenerhöhungen für Schwerbeschädigte. Die Versorgungsgebührnisse, die auf Grund einer erlittenen Dienstbeschädigung bezogen werden, die Kriegsversorgung der Militärhinterbliebenen und die Gebühren, die auf Grund des Aufruhrschädengesetz geleistet werden, sind insoweit steuerfrei, als sie den Jahresbetrag von 8000 M nicht übersteigen.

Der Arbeitgeber hat vom Arbeitslohn einen **Betrag von 10 Prozent** einzubehalten. Dabei hat er nachfolgende **Ermäßigungen** zu berücksichtigen: Der Betrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohns **ermäßigt** sich:

1. Für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählenden Ehefrau

a) bei Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden*)	um je	—.10 M
b) „ „ „ „ „ Tagen	„ „	—.40 „
c) „ „ „ „ „ Wochen	„ „	2.40 „
d) „ „ „ „ „ Monaten	„ „	10.— „

Diese steuerfreien Beträge kommen den jetzt geltenden Sätzen gleich. Die 2.40 M werden von den errechneten 10 Prozent abgezogen und machen deshalb auch 24 M des Lohnes aus.

2. Für jedes zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende **minderjährige** Kind im Sinne des § 17 Abs. 2 kommen in Abzug:

a) bei Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden*)	um	—.15 M
b) „ „ „ „ „ Tagen	„	—.60 „
c) „ „ „ „ „ Wochen	„	3.60 „
d) „ „ „ „ „ Monaten	„	15.— „

Das Kind ist **minderjährig** bis zum **vollendeten 21. Lebensjahr. Es kommt aber nicht mehr zur Berechnung, wenn es selbst Arbeitseinkommen bezieht und mehr als 17 Jahre alt.** Als Kinder gelten auch Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge. Zur Haushaltung zählen auch minderjährige Kinder, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit außerhalb der Wohnung mit Bewilligung des Haushaltungsvorstandes zum Zwecke der Erziehung oder des Unterrichts (Lehre) aufhalten.

Unterhält der Steuerpflichtige auch mittellose Angehörige, dann muß er beim Finanzamt beantragen, daß für diesen Angehörigen obige Minderung gleichfalls zur Anrechnung kommt.

3. Zur Abgeltung der nach § 13 zugelassenen Abzüge, das sind die Fahrtausgaben, Mehraufwendungen für den Haushalt, wenn die Ehefrau mitarbeitet, Werbekosten, die verschiedensten Beiträge und dergl., kommt:

a) bei Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden*)	um	—.15 M
b) „ „ „ „ „ Tagen	„	—.60 „
c) „ „ „ „ „ Wochen	„	3.60 „
d) „ „ „ „ „ Monaten	„	15.— „

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beiträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 den Betrag von 1800 M um mindestens 150 M übersteigen. Ueber diesen Antrag entscheidet das Finanzamt. Der Antrag kann also dann gestellt werden, wenn die Abzüge mindestens 1951 M betragen.

Betragen die zulässigen Ermäßigungen nach § 13 **mehr als 2700 M**, dann kann eine besondere Veranlagung beantragt werden. Diese tritt auch dann ein, wenn das gesamte steuerbare Einkommen den Betrag von 24 000 M übersteigt.

*

Vorstehende Abzüge seien an einem Beispiel erläutert:

Der Ehemann hat einen Wochenlohn von 250 M, hiervon 10 Prozent =	25.— M
Davon gehen ab für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 2.40 M =	4.80 „
Davon gehen ab für drei Kinder je 3.60 M =	10.80 „
Weiter kommen in Abzug gemäß § 13 (ohne besonders beantragte Erhöhung)	3.60 „
Bleibt Steuerschuld	5.80 „

Diese Berechnungsart tritt bei jeder Lohnzahlung ein, die **nach dem 31. Juli 1921 erfolgt.**

Das Gesetz tritt aber am 1. April 1921 in Kraft. Um einen Ausgleich für die nach § 13 zulässigen Abzüge für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 zu berücksichtigen, tritt eine Erhöhung der oben unter Ziffer 3 angeführten Sätze ein. Diese Berechnungsart ist anzuwenden für den fälligen Lohn, der vom 1. August bis 31. Oktober 1921 ausgezahlt wird.

Die Ermäßigungssätze der Ziffer 3 erhöhen sich also für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn:

a) bei Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden auf		—.40 M
b) „ „ „ „ „ Tagen	„	1.40 „
c) „ „ „ „ „ Wochen	„	8.40 „
d) „ „ „ „ „ Monaten	„	35.— „

Diese Berechnung, auf vorstehendes Beispiel angewendet, würde ergeben, daß statt 3.60 M 8.40 M für diese drei Monate in Abzug kommen, so daß die Steuerschuld pro Woche 1 M statt 5.80 M betragen würde.

Im allgemeinen bestand bisher darüber Unklarheit, welcher Berechnungsmodus anzuwenden ist. Es sei deshalb noch einmal auf die geltende Regelung verwiesen. Die Berechnung kommt der Auszahlung des Arbeitslohnes gleich. Wenn daher der Arbeitslohn zwar nach Stunden berechnet, aber wöchentlich ausbezahlt wird, so ist der abzugsfreie Betrag nach den Wochensätzen zu berechnen.

*) Es kommen hier volle Stunden oder zwei angefangene Stunden in Frage.

Manon Lescaut

6 Roman von A. F. Prévost

(Fortsetzung.)

Während ich mich nur mit ihr beschäftigte, hörte ich mehrere Personen die Treppe heraufkommen. Man pochte leise. Manon gab mir einen Kuß, entschlüpfte schnell meinen Armen und eilte in das Kabinett, dessen Tür sie hinter sich abschloß. Da ihre Toilette einigermaßen in Unordnung war, meinte ich, sie wollte sich den Blicken der Fremden, die klopften, nicht aussetzen. Ich ließ sie selbst ein.

Kaum hatte ich die Tür geöffnet, als ich mich von drei Menschen festgehalten sah, die ich als Lakaien meines Vaters erkannte. Sie wendeten keine Gewalt an, doch hatten zwei meine Arme ergriffen und der dritte durchsuchte meine Taschen, wo er ein kleines Messer vorfand. Sie baten mich um Vergebung ihrer Dreistigkeit, die sie mit den Befehlen meines Vaters rechtfertigten, indem sie mich noch in Kenntnis setzten, daß mein ältester Bruder mich unten im Wagen erwarte. Ich war so verwirrt, daß ich mich ohne Frage, ohne Widerstand fortführen ließ. Mein Bruder wartete in der Tat unten. Man ließ mich neben ihn in den Wagen setzen, und der Kutscher, der seine Instruktionen hatte, führte uns im Galopp nach Saint-Denis. Mein Bruder schloß mich zärtlich in die Arme, sprach aber nicht mit mir, so daß mir volle Muße blieb, über mein Unglück nachzudenken.

Erst erschien mir alles so dunkel, daß keine Vermutung mir den geringsten Lichtstrahl gewährte. Ich war grausam verraten, aber von wem? Tiberge war der erste, der mir einfiel. Verräter! dachte ich. Wenn mein Verdacht sich bestätigt, ist es um dein Leebn geschehen! Jedoch ich überlegte, daß mein Aufenthaltsort ihm unbekannt war, er ihn folglich auch niemand verraten haben konnte.

Manon anzklagen, sich dessen schuldig zu machen, wagte mein Herz nicht. Ihre Traurigkeit, ihre Tränen, der zärtliche Kuß, mit dem sie sich von mir entfernt hatte — das alles hatte etwas Geheimnisvolles; doch war ich geneigt, es bloß für eine Ahnung unseres gemeinsamen Unglücks auszulegen; und indem ich über den Unfall, der uns trennte, trostlos war, besaß ich Leichtgläubigkeit genug, mir einzubilden. Manon sei noch tiefer zu beklagen als ich.

Der Erfolg meines Nachsinnens war die Ueberzeugung: ich sei in den Straßen von Paris von irgendeinem Bekannten gesehen worden, welcher meinen Vater sofort davon benachrichtigte. Dieser Gedanke gab mir Trost. Ich hoffte mit einigen Vorwürfen oder unangenehmen Auftritten davonzukommen, die ich von der väterlichen Autorität würde erdulden müssen. Ich war entschlossen, sie mit Ergebung zu ertragen und alles zu versprechen, was man von mir forderte, um Gelegenheit zu gewinnen, baldigst nach Paris zurückzukehren und meiner geliebten Manon Leben und Glück wiederzugeben.

Wir kamen nach kurzer Fahrt in Saint-Denis an. Ueberrascht von meinem Schweigen, schrieb mein Bruder dasselbe meiner allzu großen Angst zu. Er nahm es auf sich, mich zu trösten, indem er mir versicherte, ich habe nichts von der Strenge meines Vaters zu besorgen, insofern ich nur bereit sei, wieder zu meiner Pflicht zurückzukehren und die Liebe, die er für mich fühlte, zu verdienen. Die Nacht brachten wir in Saint-Denis zu; doch hatte mein Bruder die Vorsicht angewendet, die drei Diener in meinem Zimmer schlafen zu lassen.

Großes Leid bereitete mir der Umstand, daß wir in demselben Gasthofe wohnten, wo ich mit Manon eingekehrt war, als wir von Amiens nach Paris reisten. Ich hörte den Wirt sagen: Ach, das ist ja der schöne Herr, der vor sechs Wochen mit einem jungen Fräulein hier war, das er so sehr liebte! O, wie reizend war sie auch! Die armen Kinder! Wie zärtlich taten sie miteinander! Wahrlich, es ist schade, daß man sie trennte! Ich tat, als habe ich nichts vernommen, und ließ mich so wenig sehen als möglich.

In Saint-Denis stand ein zweispänniger Wagen bereit, mit dem wir frühmorgens abreisten und am nächsten Abend zu Hause ankamen. Mein Bruder sprach meinen Vater zuerst, um ihn günstig für mich zu stimmen, indem er ihm berichtete, mit welcher Sanftmut ich mich hatte fortführen lassen; so daß ich minder rauh empfangen wurde, als ich erwartete. Er begnügte sich, mir am allgemeinen Vorwürfe über den Fehler zu machen, daß ich mich ohne Erlaubnis entfernt hatte. Was meine Geliebte beträfe, so hätte ich nur verdient, was mir geschehen sei, indem ich mich einer Fremden hingab; er habe eine bessere Meinung von meinem Verstande gehegt; doch hoffe er, dieses kleine Abenteuer würde mich klüger machen. Ich dankte meinem Vater für die Güte, mit der er mir vergab, und versprach eine gehorsamere, geordnetere Lebensweise anzunehmen. Im Herzen aber triumphierte ich über die Art und Weise, in der die Dinge sich ebneten, und hoffte noch vor der Nacht Gelegenheit zu finden, aus dem Hause zu entweichen.

Man setzte sich zum Abendbrot; dann neckte man mich wegen meiner Eroberung von Amiens und meiner Flucht mit meiner treuen Geliebten. Ich nahm die Hiebe gutmütig hin, ja es war mir lieb, mich von dem unterhalten zu können, was meinen Kopf fortwährend beschäftigte; aber einige von meinem Vater hingeworfene Worte erweckten meine volle Aufmerksamkeit. Er sprach von Treulosigkeit und von ungeigennützigen Diensten des Herrn v. B. Als ich ihn diesen Namen aussprechen hörte, erstarrte ich und bat ihn höflich, sich zu erklären. Da wendete er sich mit der Frage an meinen Bruder, ob er mir nicht die ganze Geschichte erzählt habe. Mein Bruder antwortete, er habe mich auf der ganzen Reise so ruhig gefunden, daß er es nicht notwendig hielt, zu diesem Mittel zu greifen, um mich von meiner Torheit zu heilen. Mein Vater schwankte, ob er sich erklären solle. Aber ich beschwor ihn so dringend, daß er mich befriedigte, oder vielmehr mir durch die entsetzlichste Erzählung den Todesstoß gab.

Zuerst fragte er mich, ob ich immer so einfältig gewesen war, mich von meiner Flamme geliebt zu glauben. Kühn entgegnete ich ihm, davon sei ich so überzeugt, daß nichts meinen Glauben zu erschüttern vermöchte.

Haha! rief er mit lautem Lachen aus, das gefällt mir! Du läßt dich gut am Narrenseil führen, das muß ich gestehen! — Es ist wirklich schade, mein guter Chevalier, dich in den Malteserorden treten zu lassen, da du soviel Anlage und Talent besitzt, ein geduldiger und gefälliger Ehemann zu werden.

Er ließ noch tausend Späße und Witze über das folgen, was er meine Albernheit und Leichtgläubigkeit nannte.

Als ich in meinem Schweigen verharrte, fügte er endlich noch hinzu, Manon habe mich — der Berechnung nach, die er seit meiner Abreise von Amiens anstellen konnte — ungefähr zwölf Tage lang geliebt. Denn ich weiß, sagte er, daß du Amiens am 28. des vorigen Monats verließest, jetzt haben wir den 29. des laufenden; elf Tage sind es her, seit Herr v. B. mir schrieb, und nehme an, daß er acht Tage brauchte, um seine Bekanntschaft mit deiner Geliebten völlig zu knüpfen; wer aber elf und acht von den einunddreißig Tagen, die von dem 28. des einen Monats bis zum 29. des anderen verstrichen sind, abzieht, dem bleiben ungefähr zwölf.

Hierauf begann das Gelächter aufs neue.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte in zweiter Lesung angenommen — Nachtragsetat — Die Sozialdemokratie im Kampfe für die Kinderfürsorge

gr. **Karlsruhe**, 26. Juli.

50. öffentliche Sitzung

Präsident **Kopf** eröffnet die Sitzung um 3.30 Uhr.

Gedenkreden

Der Präsident gedenkt des vor 8 Tagen verstorbenen Abg. Sänger (Dem.) von Diersheim, indem er an die Arbeitsfreude und an den Pflichteifer des Dahingeschiedenen erinnert, der sich in besonderem Maße der landwirtschaftlichen Interessen annahm.

Abg. **Schön** (Dem.) widmet als Parteifreund des verstorbenen Abg. Sänger dem Verblichenen in bewegter Weise ein Erinnerungsbild seiner wertvollen Persönlichkeit und seiner großen Verdienste.

Das Haus erhebt sich zu Ehren des Dahingeschiedenen von den Sitzen und gedenkt gleichzeitig in ehrender Weise der in letzter Zeit verstorbenen ehemaligen Abgeordneten der früheren 2. Kammer: Weidner (Ztr.), Eder (Dem.), Rüdt-München (Soz.), Val. Müller (Natlib.), Kirsner (Natlib.), Schaier-Karlsruhe (Soz.), Fridolin Goldschmitt (Ztr.), Georg Pfeiffle-Mannheim (Soz.), sowie des Wirkl. Geh.-Rats Reinhardts und Geh. Kommerzienrat Emil Engelhardt von der früheren 1. Kammer.

Als Nachfolger des verstorbenen Abg. Sänger (Dem.) tritt Bürgermeister **Maier** von Kreenheinstetten (Dem.) in den Landtag.

Kurze Anfragen

Auf die kurze Anfrage des Abg. Dr. **Mayer**-Karlsruhe (D.N.) betr. **fremdländische Einwanderung** teilt Ministerialrat **Bender** mit, daß die Zulassung zu Wohnungen von den Gemeindebehörden abhängt, sodaß sie hierin ein Mittel gegen die Zuwanderung haben. Zuwanderer, die schon lange in Baden wohnen, kann man aus menschlichen Gründen nicht ausweisen. Man kann auch nicht sagen, daß alle Ausländer und Fremdstämmige staatsfeindlich sind. Auf eine deutschnationale Frage teilt Minister **Remmele** mit, daß der Regierung nichts bekannt ist, daß **Beamte in Kehl** ein staatsschädliches Verhalten an den Tag legen. (Heiterkeit.) — Auf eine kurze Anfrage des Abg. **Rückert** (Soz.) betr. **Zuständigkeitserweiterungen Bayerns auf verkehrstechnischem Gebiete** und deren Gefahren für die Einheitlichkeit der Bahnen, teilt der **Regierungsvertreter** mit, daß der Regierung eine Erweiterung der bayerischen Verkehrszuständigkeit **nicht bekannt** wurde. Auf eine diesbezügliche Anfrage wurde ebenfalls mitgeteilt, daß die Zuständigkeit Bayerns nicht erweitert wurde. Wir erwarten noch weitere Antwort und werden die Rechte Badens wahren.

Annahme des Körperschaftsfürsorgegesetzes in 2. Lesung

Eine allgemeine Aussprache wird in der 2. Lesung nicht vorgenommen.

In der **Einzelberatung** wird bei § 18 von der sozialdemokratischen Fraktion infolge der neuerlichen Klärung **Wiederherstellung der Regierungsvorlage** in Bezug auf den Einkommensanschlag verlangt.

Minister **Remmele**: Dieser Antrag ist wohl die Antwort auf die Stellung des Staatsministeriums zu dem sozialdemokratischen Antrag. Der Sachverständige erklärte, daß bei einem Einkommensanschlag von 20 000 *M* angesichts der sonstigen Aenderungen des Gesetzes gegenüber früher, ein weiterer **Sicherheitszuschlag von 2 Proz. nötig würde.** Angesichts dieser Erhöhung der Beiträge sind den Beamten Bedenken gegen die Einkommensanschlagerhöhung gekommen. Eine weitere Erhöhung der Umlage vorzunehmen, fand keinen Anklag. Das **Staatsministerium** kam deshalb in seiner diesbezüglichen Sitzung zu der Stellung, daß die beantragte Erhöhung des Einkommensanschlages von 15 000 *M* auf 20 000 *M* **zur Zeit aus versicherungstechnischen Gründen nicht möglich ist.** Doch soll die Frage gründlich geprüft werden. Die Festsetzung und Berechnung soll **innerhalb 2 Jahre** erfolgen. Dagegen haben wir gegen die Einrechnung vorgesetzlicher Dienstzeit auf die Dauer bis 15 Jahren (statt 10 Jahren) nichts einzuwenden.

Abg. **Rausch** (Soz.): Angesichts der notwendig werdenden Belastung der Versicherten durch eine Erhöhung der Umlagen um 2 Proz. **ziehen wir unseren Antrag** auf einen Einkommensanschlag von 20 000 *M* **zurück.** Doch hoffen wir, daß die Frage baldigst und zwar im Interesse der Versicherten weiter geprüft wird.

Abg. **Schön** (Dem.) und Abg. **Ziegelmaier**-Oberkirch (Ztr.) schließen sich dem Vorredner an.

Nach weiteren Erklärungen des Ministers **Remmele** wird die **Regierungsvorlage** — der zulässige Einkommenssanschlag beläuft sich auf 15 000 *M* — **wieder hergestellt.**

Das Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte wird in 2. Lesung einstimmig angenommen.

Gegen eine vorgeschlagen **Resolution** des Abg. **Ziegelmaier**-Oberkirch (Zentr.), bei einer Erhöhung der Einkommensgrenze eine **rückwirkende Geltung** bis 1. Januar 1922 zu ermöglichen, macht Minister **Remmele** gewisse Bedenken geltend dahingehend, daß man heute die Auswirkung einer solchen Maßnahme nicht übersehen könne.

Abg. **Rausch** (Soz.) stimmt der Resolution Ziegelmaier im Prinzip zu, hält sie aber in der Praxis ohne Bedeutung. Denn es wird durch die am 25. Juli beschlossene Zusatzkasse des Zentralverbandes der Gemeindebeamte dahin kommen, daß Gemeinde- und Körperschaftsbeamte mit den Staatsbeamten in der Versorgung gleichgestellt werden.

Die Resolution Ziegelmaier wird einstimmig angenommen.

Aenderung des Verwaltungsgebührengesetzes

Abg. **Schneider**-Heidelberg (Zentr.) berichtet über dieses Gesetz, das eine Reihe Verwaltungsgebühren neu regelt.

Das Verwaltungsgebührengesetz wird in erster Lesung einstimmig angenommen.

Dritter Nachtrags-Etat

Abg. **Martzloff** (Soz.) verlangt, daß die sozialdemokratische Interpellation über die **Waffenschiebungen** mit dem Nachtragsetat behandelt wird.

Minister **Remmele** teilt mit, daß er den politischen Teil der Anfrage **jederzeit beantworten** könne. Der juristische Teil, der dem Justizministerium unterstellt ist, ist allerdings noch nicht so weit. Der politische Teil der Interpellation über die Waffenschiebungen wird dieser Geschäftsordnungsdebatte zufolge mit dem Nachtragsetat behandelt.

Abg. **Seubert** (Ztr.) berichtet namens des Ausschusses über den Nachtragsetat des vormaligen **Ministeriums des Auswärtigen, der debattelos angenommen wird, und den**

Nachtragsetat des Finanzministeriums

Abg. Dr. **Mayer**-Karlsruhe (D.N.) tritt für seinen Antrag **Errichtung einer Ministerialabteilung für Landwirtschaft** im Finanzministerium ein.

Finanzminister **Köhler** teilt mit, daß die Regierung ihre Stellung zu dem Antrag kundgeben wird, sobald die Frage im Ausschuß behandelt wird.

Abg. **Dietrich** (Dem.) meint, daß die Hebung der Landwirtschaft energisch zu betreiben ist. Im Ziele stehen wir dem Antrag des Abg. D. Mayer-Karlsruhe nahe. Durch eine Vereinigung der verschiedenen Landwirtschaftsstellen in einer selbständigen Abteilung würde erfolgreich gewirkt werden können. Es ist dies jedoch eine Personenfrage. Erfreulich ist, daß der Gedanke eines Landwirtschaftsministeriums gefallen ist.

Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.) Wir fördern jede Möglichkeit einer Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Form spielt für uns hierbei keine Rolle. Bei einer Ministerialabteilung für die Landwirtschaft wird das wichtigste die Personenfrage sein. Der Kernpunkt der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion liegt jedoch in modernen Produktions- und Betriebsmethoden. Hierin folgt uns jedoch die Partei des Antragstellers nicht. Eine Aenderung der Eigentumsform ist dabei nicht nötig. Dagegen müssen **genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Methoden** angewendet werden, um aus dem Boden mehr herauszuholen.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.) tritt für die Kulturverbesserungen ein. Welchem Ministerium die Ministerialabteilung für Landwirtschaft zu unterstellen ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Eine selbständige Abteilung für Landwirtschaft ist nötig. Doch kann die Frage erst im nächsten Landtag behandelt werden

Der Nachtragsetat des Finanzministeriums wird einstimmig angenommen.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.) berichtet über den Nachtragsetat des

Ministeriums des Innern

und beantragt Genehmigung im Sinne der Ausschußbeschlüsse. Im Ausschuß beantragte die Sozialdemokratie die 20 000 *M* Zuschüsse für Gerstenanbau zu Brauzwecken zu streichen und sie dem **Brotgetreideanbau** zugute kommen zu lassen. Der sozialdemokratische Antrag fiel mit 7 gegen 6 Stimmen. Aus den Erübrigungen der badischen Fleischversorgungsstelle für Lieferung von Schlachtvieh an das Feldheer mit *M* 4 200 000 beantragte die sozialdemokratische Fraktion 2 400 000 *M* der **Kinderfürsorge** zugute kommen zu lassen. Der sozialdemokratische Antrag wurde jedoch abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß für die Kinderfürsorge bereits große Mittel ausgesetzt wurden und auch der Rindviehzucht, wie schon früher festgelegt, Mittel zukommen müssen, um die Ernährung zu verbessern.

Abg. **Schneider**-Heidelberg (Ztr.) berichtet über den Voranschlag der Gruppenpolizei im Ministerium des Innern.

Minister **Remmele** erklärt zu den Erübrigungen der badischen Fleischversorgungsstelle, die außerhalb des Hauses versehentlich mit der Milchversorgung oder mit der allgemeinen Fleischversorgung verwechselt wurden, daß diese Mittel erübrigt wurden aus der **Versorgung des Feldheeres mit Fleisch während des Krieges.** Wir hätten nun diese Mittel, wie bei anderen Eingängen auf einmal verteilen können. Wir sind jedoch den Weg gegangen, mit diesen Mitteln im Laufe von 5—6 Jahren die Viehzucht und den Körnerbau durch Düngemittel usf. zu fördern. Die Verwendung der Teilmittel ist jedes Jahr im Budget aufzuführen, so daß der Landtag jeweils eine ständige Kontrolle hat. Wenn man an unsere Lebensmittelnot denkt, so wird man für **die Aufzucht von Vieh und Förderung des Körnerbaues** Verständnis haben. Von der **Landesversorgungsstelle** werden 1,5 Millionen Einnahmen im nächsten Jahr in Erscheinung treten; ich werde vorschlagen, daß man diese Summe der **sozialen Fürsorge** zuführt.

Von der sozialdemokratischen Fraktion sind folgende **Anträge** eingegangen:

1. Die 20 000 *M* zur Förderung des Gerstenanbaus zu streichen und den Betrag für Brotgetreideanbau zu verwenden; 2. aus den Erübrigungen der Fleischversorgung

2 Millionen der Kinderfürsorge

zuzuführen.

Abg. **Maier**-Heidelebrg (Soz.): Wir sind der Auffassung, daß man die 20 000 *M* für Braugerste in der heutigen Zeit nicht genehmigen kann. **Die Brauereibesitzer haben Mittel genug,** um die 20 000 *M* für Braugerste aufzubringen. Dem gegenüber werden unsere Kinder von Quäkern gespeist. In Amerika hat man die Produktion von Bier verboten und wir sollten da noch Staatsgelder für Braugerste auswerfen. Bei der Fleischversorgung begrüßen wir es, daß das Geld für die Allgemeinheit gerettet wurde, statt irgend einer Gesellschaft anheimzufallen. Es wird gesagt, daß damals schon das erübrigte Geld der Landwirtschaft zugesagt wurde. Damals hat man nicht an die heutigen Zeitverhältnisse und an das jetzige Elend gedacht. Wir wollen, daß deshalb nur 2,2 Millionen der Landwirtschaft zufließen und 2 **Millionen der Kinderfürsorge** zukommen. Wir unterstützen die Landwirtschaft, doch kann man auch mit geringeren Mitteln auskommen. Man sollte nicht nur die Viehzucht fördern, sondern auch die Menschen. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserm Antrag.

Abg. **Weißhaupt** (Zentr.) hält die Mittel für die Braugerste für dringend nötig, zur Förderung des Brotgetreides ist genug getan. Bei der Fleischversorgung wurde erstmalig der Beweis geliefert, daß auch ein Staatsbetrieb Ueberschüsse erzielen kann. Doch wurde dies nur durch die Höhe unseres Viehzuchtstandes möglich. Deshalb sollten die erübrigen Gelder wieder hinkommen, woher sie stammen; denn wir müssen unsere Viehzucht wieder auf einen hohen Stand bringen. Die beiden sozialdemokratischen Anträge sind abzulehnen.

Abg. **Neck** (Dem.) lehnt die beiden sozialdemokratischen Anträge ab. Wir müssen aufbauen, um Nahrungsmittel zu haben. (Abg. **Hahn** (Soz.): Und die Kinder sollen wohl derweil hungern?) Auch die Förderung des Gerstenbaues ist nötig.

Abg. **Maier** (Heidelberg (Soz.): Es ist betrüblich, daß wir in Deutschland zwei Bevölkerungsgruppen haben: die einen geschützt durch das im Felde blutende und die Möglichkeit zur Bereicherung habend und die andern zum Elend verurteilt. Immer wieder wurde uns gesagt: Löst die Fesseln der Zwangswirtschaft, dann schaffen wir Lebensmittel. Nun ist die Zwangswirtschaft größtenteils gefallen und schon verlangen Sie **Staatsmittel für die Landwirtschaft** und wenn die Valuta steigen wird, sehe ich auch schon die Forderung des Schutzzolls. Wenn Sie herzlos bleiben wollen, so verantworten Sie es vor Gott und Ihrem Gewissen.

Abg. **Hertle** (D.-Natl.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Die deutschen Gewerkschaften haben früher schon Mittel nach England für streikende Arbeiter geschickt (Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.): Und die ausländischen Arbeiter haben dafür für unsere Kinder Geld geschickt.)

Abg. Frau **Siebert** (Zentr.): Wir sind momentan in einem solchen Notstand, daß wir für die Stadtkinder jede Hilfe brauchen und wir können nicht warten, bis erst die Viehzucht wieder hoch kommt. Deshalb möchte ich den Antrag der Sozialdemokraten unterstützen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Strobel** (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Hertle fest, daß die deutschen Gewerkschaften jeder ein ihre Pflicht erfüllten. Die Notlage in den Städten ist schlimmer als im Kriege. Darunter leiden vor allem die Kinder. Wir sind bereit, der Landwirtschaft einen Teil der verfügbaren Mittel zur Verfügung zu stellen, aber der andere Teil, der heute in schlimmer Notlage ist, darf nicht vernachlässigt werden. Wenn die Notlage in den Städten gemildert ist, werden diese auch gern für die Landwirtschaft eintreten.

Abg Dr. **Schofer** (Zentr.) erklärt, daß seine Fraktion zu den sozialdemokratischen Anträgen noch keine Stellung nahm und glaubt, daß sich ein Weg der Gerechtigkeit finden läßt. Im Budget sind 4 110 000 *M* für Kinderfürsorge ausgeworfen. Was für die Viehzucht ausgegeben wird, geschieht auch der Menschen wegen, um Fleisch, Milch, Fett zu haben. Die Rede des Abg. Maier-Heidelberg ist für draußen berechnet. Ich muß da an einen Professor denken, der sagte, ist er so dumm oder stellt er sich so dumm (Abg. **Maier**-Heidelberg (Soz.): Darf Abg. Dr. Schofer alles sagen? Präsident **Kopf** rügt den Ausdruck des Abg. Dr. Schofer.) Ich habe den Ausdruck anders gemeint und sollte niemand beleidigen. Wenn die Mittel für die Kinderfürsorge im Laufe der Budgetperiode nicht ausreichen, so sollte dem Staatsministerium die Möglichkeit gegeben werden, die in Betracht kommenden strittigen Summen beweglich zu verwenden. Es ist richtig, daß die Stunde kommen wird, wo die Landwirtschaft nach Schutzzoll rufen wird. Deshalb muß es auch für die Landwirtschaft heißen: leben und leben lassen.

Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) beantragt, den sozialdemokratischen Antrag an die Kommission zu verweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Um den 4. Nachtrag mit dem 3. Nachtrag beraten zu können, wird die nächste Sitzung erst am Donnerstag nachmittag 3 Uhr stattfinden. Tagesordnung: Steuergesetze.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr.

Badische Politik

Neue Gesetzentwürfe

Dem badischen Landtag sind einige neue Gesetzentwürfe zugegangen. Im Gesetzentwurf zur Ausführung des Reichsgesetzes zur **Entlastung der Gerichte** wird die **Zuständigkeit der Gemeindegerichte** von 60 *M* auf 300 *M* erhöht (was die sozialdemokratische Fraktion bereits im Vorjahre verlangte), wozu im Gesetz entsprechende Gebühren festgelegt werden.

Im Gesetzentwurf über eine **erhöhte Anrechnung der während des Krieges 1914/18 zurückgelegten Dienstzeit** wird, unter gewissen Ausnahmen, bestimmt, daß bei der Berechnung des Ruhegehalts der Beamten zu der in dem Zeitabschnitt vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 wirklich abgeleisteten Dienstzeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet wird. Ein Gesetzentwurf über die Aenderung des Gesetzes über die **Erziehung und den Unterricht nicht vollsinniger Kinder** regelt die Verpflegungs- und Kostensätze für die Anstaltszöglinge.

Weiter ist dem Landtag ein Gesetzentwurf über die **Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues** zugegangen. Schließlich liegt noch ein Gesetzentwurf über die Vereinigung der Gemeinde **Aue mit der Stadtgemeinde Durlach** vor.

4. Nachtragsetat

Dem Landtag ist soeben der 4. **Nachtragsetat** zugegangen. Er verzeichnet an **Ausgaben,** die durchweg deu mit dem Besoldungstarif zusammenhängenden weiteren **Beamtenaufwand** betreffen, im Voranschalg für 1920 und 1921 insgesamt 241 352 148 *M*, die sich wie folgt verteilen: Landtag 328 200 *M*, Staatsministerium 15 350 *M*, Vorm. Ministerium des Auswärtigen 7000 *M*, Ministerium der Finanzen 180 884 855 *M*, Ministerium des Innern 14 860 400 *M*, Justizministerium 5 383 700 *M*, Ministerium des Kultus und Unterrichts 35 222 653, Arbeitsministerium 4 579 530 *M*, Oberrechnungskammer 70 460 Mark. An Einnahmen werden verzeichnet: Ministerium der Finanzen 191 660 200 *M*, Ministerium des Kultus und Unterrichts Mindereinnahme 2 478 550 *M*, somit Nettoeinnahme 189 181 650 *M*. Hiernach verbleibt eine **Mehrausgabe** von 52 170 498 *M*.

Im Eingang des Landtags befindet sich eine Reihe Gesuche Zahlreiche Petitionen betreffen das **Besoldungsgesetz,** das **Ortsklassenverzeichnis,** das Gesetz über die **Wohnungsabgabe** und das **Grundstücksperrgesetz.** Die Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene petitioniert um Errichtung von Gesundheitsämtern. Die Deutsche Volkspartei, Landesgruppe Baden, wünscht Neubesetzung der Selbstverwaltungskörper.

Die Lehramtspraktikantenfrage wird in den nächsten Tagen wieder den Landtag bei der Beratung des 4. Nachtrages zum Staatshaushalt 1920/21 beschäftigen. Seit einem Jahrzehnt gehört sie zu den Fragen, die das öffentliche Interesse immer wieder in Anspruch nehmen. Vor dem Kriege war es die Ueberfüllung des höheren Lehrfaches, die im Parlament öfters den Gegenstand von Erörterungen bildete. Seit Kriegsende drängen nun die überaus mißlichen Anstellungsverhältnisse zu einer Lösung. Sie liegen so ungünstig, daß Baden in dieser Beziehung mit die ungünstigsten Verhältnisse im Reich aufweist. Nach heute, im Juli 1921 warten Praktikanten des Examenjahrgangs 1912, entsprechend die übrigen Jahrgänge, also Beamte, die zum Teil über 35 Jahre alt sind, größtenteils Kriegsteilnehmer, verheiratet sind und bis über 9 Dienstjahre haben, auf planmäßige Anstellung. Man könnte die Scheu der Regierung, planmäßige Stellen zu schaffen, verstehen, wenn dadurch dem Staatshaushalt irgendwelche Mehrkosten erwüchsen. Da aber, so wird uns geschrieben, nach der Besoldungsordnung die nichtplanmäßigen Beamten vom 6. Dienstjahr ab dieselben Bezüge, wie die entsprechenden planmäßigen Beamten beziehen, kostete es den Staatshaushalt keinen Pfennig mehr, wenn eine größere Anzahl neuer Stellen errichtet würden.

Aus der Partei

Die Labour Party und die Einigkeit

Auf der Durchfahrt nach Kopenhagen zur Teilnahme am dänischen Parteifest, weilten die Genossen **Henderson** und **Macdonald** aus **England** und **de Brouckere** und **von Roosbroek** aus **Belgien** in **Berlin.** Bei einer zwanglosen Zusammenkunft der Gäste mit den Mitgliedern des Parteivorstandes hatte ein Mitglied der Redaktion des **„Vorwärts"** eine politische Unterredung mit Genossen **Henderson.**

Das Redaktionsmitglied richtete an den Genossen Henderson die Frage, ob er den Wunsch habe, den deutschen Arbeitern irgendetwas Bestimmtes mitzuteilen, worauf er selber besonderen Wert lege.

Henderson antwortete: „Ja, ich möchte den deutschen Arbeitern vor allem sagen, daß wir in England **jede Trennung** und **jede Zersplitterung** in der **Arbeiterbewegung** für ein **großes Unglück** halten, daß sie **die Einigkeit wollen,** die allein unsere Bewegung stark machen kann. Es kümmert mich sehr wenig, ob eine Internationale die Zweite, die Zweieinhalbte oder meinetwegen die Dreiundzwanzigste heißt! Alle Meinungsverschiedenheiten und auch alle persönlichen Gegensätze müssen gänzlich in den Hintergrund treten gegenüber der Notwendigkeit, eine **einheitliche, große, starke Internationale** aufzurichten. Das Verhalten der **französischen Genossen** ist mir unverständlich. Longuet verhandelt mit dem Henderson von der Labour Party. Aber mit dem Henderson von der Zweiten Internationale verhandelt er nicht. Das ist nicht die Art, ernste Dinge ernst zu behandeln! — Was haben denn die französischen Sozialisten durch die **Trennung** erreicht? Ihr Einfluß auf die Politik ihres Landes ist geringer als je zuvor. Und ähnlich wirkt die Spaltung und Zersplitterung überall. **Auch Sie in Deutschland und auch wir in England könnten viel machtvoller auftreten, wenn wir alle, Engländer, Deutsche, Franzosen, miteinander einig wären!** Bei allen **kommenden Wahlen** in **England** wird die Erörterung der **internationalen Beziehungen** eine sehr große Rolle spielen"

„Glauben Sie, daß Ihnen in **England Neuwahlen** noch bevorstehen?"

„Wenn die **Verständigungsaktion mit Irland** scheitert, können wir in wenigen Wochen soweit sein.".

„Wie schätzen Sie die Aussichten der Englischen Arbeiterpartei bei diesen Neuwahlen?"

„Wir halten sie für sehr gut. Es handelt sich im Ganzen um rund 700 Kreise, davon 100 irische. Die gehen uns nichts an, die sind Sache der Irischen Arbeiterpartei. Von den rund 600 Wahlkreisen von England, Schottland und Wales werden **wir in etwa 500 mit eigenen Kandidaten** auftreten. Bei den letzten Wahlen von 1918 kandidierten wir nur in 360 Wahlkreisen. Wir haben insgesamt etwa **22 Millionen Wähler**, davon **8—9 Millionen Frauen. Gewerkschaftlich** organisiert sind **7 Millionen.** Dazu kommen die Millionen Frauen, die mit **gewerkschaftlich** organisierten Arbeitern verheiratet sind, die aber selber nicht im Erwerbsleben stehen, also auch nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Das ist das große Reservoir, aus dem wir schöpfen. Wir rechnen aber auch damit, daß diesmal viele Wähler, die nicht Mitglieder der Trade Unions sind, ihre Stimme für die Arbeiterpartei abgeben werden."

„Glauben Sie, daß der **Ausgang des Bergarbeiterstreiks** und daß der **Lohnabbau** die Erfolge der Arbeiterpartei beeinträchtigen könnten?"

„Im Gegenteil! Natürlich werden wirtschaftliche Fragen im Wahlkampfe eine überwiegende Rolle spielen. Aber dabei wird der Blick der Wähler ganz unwillkürlich auf die **politischen Fragen gelenkt**, weil sie den großen Einfluß des Staates in diesen Fragen erkennen. **Die neuesten Erfahrungen legen den Arbeitern die Einsicht nahe, daß rein gewerkschaftliche Mittel im Kampfe gegen Lohndruck und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen allein nicht mehr ausreichen, und daß dem Stimmzettel in diesem Kampfe eine wachsende Bedeutung zukommt.**"

„Und wie denken Sie über die Aussichten der anderen Parteien, besonders der Asquith-Liberalen? Halten Sie es für möglich, daß in absehbarer Zeit eine **Koalition der Arbeiterpartei** mit den **Linksliberalen** die **politische Macht** ergreift?"

„Ich kenne nur unser eigenes Haus, nicht das der anderen. Was aber die **Koalitionspolitik** betrifft, davon haben wir genug. Koalitionen bedeuten immer ein Kompromiß. Jetzt wollen wir einmal den nächsten Wahlkampf in voller Selbständigkeit und Freiheit nach allen Seiten, für unsere Grundsätze, ohne alle Kompromisse führen."

„Aber wäre es nicht für die ganze Welt bedeutungsvoll, wenn die Englische Arbeiterpartei in der Regierung säße und die inneren, sozialen Verhältnisse wie die äußern, internationalen in ihrem Geist beeinflussen könnte?"

„Die Antwort auf diese Frage hängt von der **Form der künftigen Regierung** ab. Vor der Erneuerung des Parlaments durch die Wahlen ist es ganz unmöglich, in dieser Beziehung etwas vorauszusagen, oder gar Vorbereitungen in dieser Richtung zu treffen. Jetzt handelt es sich für uns nur darum, so stark zu werden, wie wir können."

Der Führer der Englischen Arbeiterpartei schloß das Gespräch mit den Worten: „**Ich bitte Sie noch einmal, den deutschen Genossen zu sagen, daß wir die einheitliche, große und starke Internationale wollen, daß wir die Einigkeit der Arbeiter wollen, national und international. Denn dies allein ist's, was uns vorwärts bringen kann!**"

Soziale Rundschau

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes

Am Ende der Berichtswoche war ein weiterer **Rückgang** der Zahl der unterstützten **Erwerbslosen** zu verzeichnen. Sie ist von 3705 auf 3554 gefallen; allerdings ist bei der Bewertung dieses Rückganges zu berücksichtigen, daß es sich hierbei zum Teil doch nur um Beschaffung **vorübergehender** Arbeit für die betreffenden Erwerbslosen handelt; zurückgegangen ist auch die Zahl der Kurzarbeiter, sie belief sich am Ende der Berichtswoche auf 538 Männer und 585 Frauen. An Erwerbslosenunterstützungen wurden 256 083.09 ℳ, an Kurzarbeiterzulagen 50 969.07 ℳ ausbezahlt. Die Notstandsarbeiterziffer hat sich nicht merklich geändert, sie betrug 2951.

Was die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie betrifft, so ist in der Pforzheimer Schmuckwarenfabrikation wieder eine kleine Besserung eingetreten. Eine teilweise Verschlechterung zeigte sich in der Villinger Uhrenindustrie, wo ein Betrieb zur Arbeitszeitverkürzung schreiten mußte. Die Maschinenindustrie weist im Ganzen noch dasselbe ungünstige Bild auf wie in der Vorwoche. Holz- und Schnitzstoffgewerbe weisen erhebliche örtliche Verschiedenheiten auf, immerhin kann z. Zt. im großen und ganzen doch von einer Nachfrage nach Möbelschreinern und Küfern gesprochen werden. — Der schlechte Geschäftsgang im Nahrungsmittelgewerbe hat sich nicht geändert, während in der Genußmittelindustrie ein leichtes Anziehen im Brauereigewerbe zu beobachten ist. Der Bedarf an Schuhmachern ist immer noch gering, für Schneider bietet sich wesentlich mehr Arbeitsgelegenheit. Das Baugewerbe zeigte sich in gleichem Maße wie in der Vorwoche aufnahmefähig.

Betriebseinschränkungen: Es mußten in 4 Betrieben Einschränkungen vorgenommen werden, wovon 228 Männer und 68 Frauen betroffen sind.

Heranziehung ausländischer Arbeiter trotz der Arbeitslosigkeit

Trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit hat, wie uns aus Haslach i. K. geschrieben wird, die **Ziegelei Buchholz** in Haslach vor einigen Monaten einige Arbeiter aus Italien kommen lassen. Eine Beschwerde an das Landesamt für Arbeitsvermittlung brachte folgendes Resultat: „Da das Bezirksamt Wolfach seine Einwilligung für die Zureise der italienischen Ziegeleiarbeiter erteilt hat, ist es für uns unmöglich, für dieses Jahr die Italiener zu entfernen."

Wenn hierzu auch jeder Kommentar überflüssig ist, so dürfte doch der Arbeiterschaft der Weg gezeigt werden, wohin sie gehört und was sie zu tun hat. Würde sie, anstatt allen bürgerlichen Vereinen nachzulaufen, in ihren Berufsorganisationen sein, dann würde sich jede Behörde hüten, derartige Erlaubnis zu erteilen, selbst das Bezirksamt Wolfach.

Zeugen gesucht!

Der „Nationalverband deutscher Offiziere" hat gegen unseren Redaktionskollegen Zimmermann von der Mannheimer „Volksstimme" Strafantrag wegen Beleidigung des deutschen Offizierskorps gestellt, die darin erblickt wird, daß in einem Artikel Offizieren das Schwelgen hinter der Front, während die Mannschaft im Schützengraben dem stärksten Trommelfeuer ausgesetzt war, zum Vorwurf gemacht wird. In diesem Artikel, der der Anklage offenbar zugrunde liegt und ein Kommentar zu einer Zuschrift aus der „Metallarbeiterzeitung" über die Flucht der kommunistischen Aufputscher in Mitteldeutschland war, heißt es u. a.:

„Während des Weltkrieges war es genau so. In den Schützengräben lagen im Trommelfeuer die Mannschaften, tagelang ohne Essen und ohne einen Tropfen Wasser. Hinten aber in den Bataillonsunterständen und vor allen Dingen in der Etappe, in den Stabsquartieren schwelgten unsere „tapferen Offiziere". Da war an nichts Mangel, weder an gebügelten Hosen und Lackstiefeln noch an Parfüm, an den herrlichsten Braten, den besten Gemüsen und den edelsten Weinen. Nebenbei sah man sich eifrig in den Städten um, ob nicht irgend etwas vorhanden war, das man, um es vor Zerstörung zu bewahren und den rechtmäßigen Besitzern nachher wieder unversehrt zurücksenden zu können, in die Heimat schickte.

Zeugen, die in der Lage sind, aus eigenem Erlebnis im Felde diese Vorwürfe zu erhärten und eidlich zu beweisen, werden gebeten, ihren Namen mit genauer Adresse der Redaktion der „Volksstimme" Mannheim R 3 14, mitzuteilen.

Jugend und Sport

H. **Gruppenkonferenz der Gruppe Rastatt des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.** Sonntag, 9. Juli, fand in Rastatt eine gut besuchte **Gruppenkonferenz** statt. Nicht vertreten waren die Ortsvereine Elchesheim und Eisental. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erstattete Bezirksvorsitzender Wischnowitzer einen 1½stündigen Bericht über den Bundestag in München. Alsdann schritt man zur Wahl eines Gruppenvorsitzenden und Gruppenturnwarts, wobei Turngenosse Führer (Muggensturm) zum Gruppenvorsitzenden und Franz Hornung (Muggensturm) zum Gruppenturnwart gewählt wurde. Zum Schluß wies der Bezirksvorsitzende nochmals auf das **Kreisturnfest** am 6., 7. und 8. August in Durlach hin. Sämtliche Zuschriften für die Gruppe Rastatt sind an Turngen. Führer (Muggensturm, Hauptstraße 17) zu richten. (Wir stellen fest, daß die Konferenz am 9. Juli stattfand und vorstehender Bericht erst am 25. Juli, also 2 Wochen nachher, abgesandt wurde. In Zukunft lehnen wir so spät eingesandte Berichte ab. Die Redaktion.)

Der bestohlene Adolf

Der „Ulk", das Witzblatt des „Berl. Tageblattes" behandelt den Einbruch und Diebstahl bei Adolf Hofmann in nachstehenden launigen Versen:

Mein Beileid, Adolf, tief und echt empfunden!
Nein, bei Lenin, sie hat mich nicht erbaut,
die üble Kunde von den üblen Kunden,
die ohne jede Rücksicht dich beklaut.

Ist es zu fassen? Ist es keine Lüge?
Man raubte dir, dem Kämpfer gleichen Rechts,
Juwelen, vierundzwanzig Bettbezüge
und dito Hemden beiderlei Geschlechts?

Beim „Burschoa" ist Eigentum Verbrechen
und das Produkt ergaunerten Profits,
was du durch Quasseln und durch Zwischensprechen
erwarbst, das ist geheiligter Besitz!

Und ist dein Witz trotz deiner Kapriolen
auch selten scharf und deine Rede platt,
du zeigst durch das, was man dir nun gestohlen,
daß auch das Mundwerk goldnen Boden hat.

Du tatest gut, zur Polizei zu eilen,
obgleich du ihr sonst wenig wohlgesinnt,
weil mit „Enteignen" und selbst mit dem „Teilen"
der kluge Mann bei — anderen beginnt!

Kriegst du nicht wieder, was die Schurken stahlen,
sei dirs ein Trost, der dir den Schmerz vertreibt,
daß dir und deiner werten Frau Gemahlin
noch manches schöne Dutzend Hemden bleibt!

Dir bleibt ein Landhaus, voll ist deine Truhe,
Mit einem Wort, bist ein gemachter Mann.
Du hasts geschafft. — Nu setze dir zur Ruhe
Und laß die andern Brieda ooch mal ran!

Der sanfte Heinrich.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 17. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Krise der Arbeiterbewegung in Frankreich. Von J. Steiner-Jullien. — Der deutsche Außenhandel und Deutschlands Bevölkerungskapazität. Von Wilhelm Schöttler, Dipl. Ill. K. (Köln). — Das neue deutsche Wirtschaftsrecht. Von W. Guske. — Der Sinn des Jungsozialismus. Zur jungsozialistischen Konferenz in Bielefeld. Von Kurt Wegner. — Zum Studium des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Von R. Ballerstaedt. — Eine neue Marx-Biographie. Von M. Beer. — Literarische Rundschau: Waldemar Mitscherlich, Der Nationalismus Westeuropas. Von Franz Laufkötter. O. Wiener, Physik und Kulturentwicklung. Von Engelhardt. Adolf Grabowsky und Walter Koch, Die freideutsche Jugendbewegung. Ursprung und Zukunft. V. R. Ballerstaedt. A. Walther, Das Kulturproblem der Gegenwart. Von W. Engelhardt.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von ℳ 19.50 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet ℳ 1.50.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **Wahren Jacob** ist soeben die 15. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 ℳ. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

„Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt". Unter diesem Titel erschien soeben, von Hans Hackmack verfaßt, das fünfte Heft der bekannten sozialistischen Jugendschriftensammlung „Proletarische Jugend". In der Broschüre finden die Arbeiterjugendlichen Wegweiser, die ihnen die Straße in das zukunftverheißende Land Sozialismus zeigen. Das Heft ist zu beziehen zum Preise von 2.50 ℳ vom Verlag „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9. Organisationen erhalten bei Partiebezügen Preisermäßigung.

Das badische Arbeitsministerium veröffentlicht soeben im G. Braunschen Verlag die sämtlichen **für Baden gültigen Vorschriften über Einigungsämter, Schutz der Mieter und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.** Diese Zusammenstellung entspricht einem Bedürfnis der Behörden sowohl, als auch dem der Mieter und Vermieter, denen sie eine bequeme Orientierung über sämtliche Verordnungen darbietet.

Wilhelm Bölsche als Humorist. Das einzige humoristische Romanwerk Bölsches, **„Der Zauber des Königs Arpus"**, das noch seinem Jugendschaffen entstammt und lange Jahre nahezu verschollen war, erlebt jetzt in neuer Bearbeitung seine Auferstehung. Der Roman, den uns der Dichter gewissermaßen als nachträgliches Geschenk zu seinem 60. Geburtstag gibt, handelt von der Entdeckung des Bierkrautes in Germanien bei dem sagenhaften König Arpus, den zwei römische Ritter in seiner Wildnis besuchen und die sich in Zechereien und Abenteuern nicht genug tun können. In dem Werk, das soeben im Verlag von Carl Reißner in Dresden erscheint, sprudelt die übermütigfrohe Laune der Jugend, und zwar in der gereiften Form von Bölsches jetziger Künstlerschaft.

Kleine Nachrichten

Berlin. Der Chauffeur eines Wiener Barons, der mit seiner Familie in einem Berliner Hotel Wohnung genommen hatte, unternahm mit fünf Automobilschlossern eine Spazierfahrt durch den Grunewald. Bei Schilfhorn versagte die Steuerung und der Wagen fuhr gegen den Baum. Alle sechs Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert. Der Schlosser Schubert war sofort tot, die übrigen erlitten schwere Verletzungen.

Berlin. Wie die Blätter hören, werden die **Steuervorlagen** am 28. Juli im Reichskabinett durchberaten werden und danach dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen.

Frankfurt. Die Frankfurter Verbraucherkammer ist wegen der bevorstehenden **Brotpreiserhöhung** mit den in Betracht kommenden Interessentengruppen in Verhandlungen eingetreten, um Mittel und Wege zu finden zur Verminderung der Erhöhung des Brotpreises.

Mindelheim (Bayern). Im nahen Loppnehausen brannte der Bauernhof des Johann Frey vollständig nieder. Gerettet konnte außer etwas Mobiliar, Pferde, Vieh gar nichts werden. Verbrannt sind sämtliche Maschinen und Wagen, ebenso werden **50 Stück Jungvieh** und junge Schweine vermißt.

Salzburg. Bei einer Bergtour im Blühnbachtal ist die Lehrerin Begemann aus Minstetten bei Hamburg in der Torscharte vor den Augen ihrer Schwester 200 Meter tief abgestürzt. Eine Expedition zur Bergung der Leiche ist nach der Unfallstelle abgegangen.

Colberg. Das Finanzamt Colberg beschlagnahmte am vergangenen Freitag durch einen Beamten die sämtlichen Sparkontos eines Colberger Kassenbeamten. Wie festgestellt wurde, unterhielt der Kassenbeamte bei der Stolper Bank der Depositenkasse Colberg ein Konto von rd. 114 000 ℳ in Wertpapieren, die ihm nicht gehören. Im Zusammenhang damit wurde auf dem Grundstück in der Rimannstraße durch das Finanzamt eine Haussuchung vorgenommen, wo mehrere Säcke mit belastendem Material gefüllt gefunden wurden.

Wien. Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte richtete an die Arbeiterklasse Deutsch-Oesterreichs einen Aufruf mit der Aufforderung, der von der Hungersnot und Seuchengefahr bedrohten Republik Rußland zu Hilfe zu eilen. Die Arbeiter verteidigen, so heißt es in dem Aufruf, mit der russischen Revolution ihre eigenen revolutionären Errungenschaften und Hoffnungen.

Tokio. Die **japanische** Regierung hat die Absicht, eine **26prozentige Abgabe** von den in Japan einzuführenden deutschen Waren zu erheben, endgültig aufgegeben.

Aus dem Lande

k. **Etzenrot**, 25. Juli. Verflossenen Samstag hatten wir die traurige Pflicht, unsern lieben Genossen B. Hauck zu seiner letzten Ruhestätte zu geleiten. Ein Leichenzug, wie ihn unser kleines Gebirgsdorf noch selten gesehen, folgte dem Sarge. Seine treue Lebensgefährtin, die schon 14 Jahre gelähmt ist, rief ihm vom Fenster aus einen letzten Abschiedsgruß nach. Der Musikverein, dessen Mitglied der Dahingegangene war, stellte die Trauermusik. Am Grabe sang ein Kinderchor. Prächtige Kränze wurden von unserer Partei, vom D. Verkehrsbund, dem Musikverein und von seinen Kollegen der Werkstätte niedergelegt. Aus allen Nachrufen kam der Schmerz und die Verehrung für den uns so jäh entrissenen Kampfgenossen zum Ausdruck. Durch harte zähe Arbeit hatte er sich ein kleines Heim geschaffen und hoffte, die späteren Jahre seines Lebens in Ruhe und Frieden verbringen zu können. Doch ein böses Geschick wollte es anders. Vor ungefähr 8 Wochen geriet er bei Ausübung seiner Arbeit in der W.B. zwischen den Puffer eines Motorwagens und einen Kandelaber. Nach einem harten Schmerzenlager erlöste ihn nun der Tod.

Allgemein fiel es auf, daß die Direktion der Albtalbahn beim Begräbnis nicht vertreten war und auch keinen Kranz für den in ihrem Dienste verunglückten Arbeitsmann übrig hatte. An der Unglücksstätte steht jetzt ein starker Prellbock. Zuerst mußte ein braver Arbeiter sein Leben lassen. — Arbeiterlos!

Brandfälle. In Bonndorf geriet am Sonntag abend der Dachstuhl des dem Maurer Müller gehörenden Hauses in Brand. Die Bewohner waren zum Teil abwesend oder hatten sich gerade zur Ruhe begeben. Ein großer Teil des Hauses konnte glücklicherweise gerettet werden. — In Rielasingen brannte das Oekonomiegebäude von Eugen Ruh bis auf zwei Giebel vollständig nieder. Der Schaden ist sehr groß; vor allen Dingen wurden eine Anzahl Minderbemittelte, die in dem Gebäude Getreide aufgespeichert hatten und lt. Singener Zeitung die dort untergebrachte Dreschmaschine in Anspruch nehmen wollen, durch das Feuer sehr geschädigt. Von allen Vorräten konnte nichts mehr gerettet werden. Die betroffenen sind leider durch Brandversicherung nicht gedeckt. — Zu dem von uns schon gemeldeten Brand in Tennenbronn weiß der Brigachbote noch zu berichten, daß der an Gebäulichkeiten und Fahrnissen angerichtete Schaden ganz enorm ist. Bei dem Eichbachbauer David Fleig dürfte er ungefähr eine halbe Million Mark, bei dem Bürgermeister Weißer jedenfalls noch mehr betragen.

Gutach, 26. Juli. (Waldbrand.) Am Samstag entstand in der Nähe der obersten Ecke beim Reutebrennen ein Waldbrand, der sich rasch weit ausbreitete, aber durch die von Kirnbach herbeigeeilten Leute glücklicherweise noch so weit auf einen Herd beschränkt werden konnte, daß das Feuer nicht auf die Gemarkung Kirnbach übergriff.

Todtnau, 26. Juli. (Zum Brandunglück.) Der Schaden des von uns gemeldeten Brandunglückes ist bedeutend größer, als man zunächst annahm. Das vernichtete Inventar soll allein gegen 350 000 Mark an Wert betragen haben, der Heubestand der beiden vom Brand betroffenen Besitzer betrug über 1500 Zentner. Laut Oberländer Tagespost waren die Gebäude (vor dem Kriege) mit etwa 45 000 ℳ versichert.

Menzenschwand, 26. Juli. Durch Feuer sind Mühle und Bäckerei des Landwirts Riesterer zerstört worden.

Konstanz, 26. Juli. Der Händler Johann Berresem wurde wegen Verdachts des Uhrenschmuggels verhaftet. Bei einer Haussuchung fand man etwa 400 Uhren bei ihm. Er scheint ferner in der Nacht im Begriff gewesen zu sein, eine Million Eisenbahnschwellen zu verschieben.

Deutscher Arbeitersängerbund, Gau Baden, 3. Bezirk. Unsere Notiz betr. Adr. der Bezirksleitung des 3. Bezirkes bedarf einer Berichtigung: der Bezirksführer Aurel Häuser wohnt Geranienstr. 24, nicht Kapellenstraße 28.

Vom Paketverkehr nach dem besetzten rheinischen Gebiet. Bei Paketsendungen über 5 Kilogramm nach dem besetzten rheinischen Gebiet kommt es häufig vor, daß die Sendungen nicht ausgehändigt werden können, weil der Empfänger bei der Verzollung noch nicht im Besitze der Einfuhrbewilligung ist. Wenn auch bei der Absendung des Paketes die Vorlage einer Einfuhrbewilligung nicht unbedingt erforderlich ist, so muß doch darauf geachtet werden, daß diese Einfuhrbewilligung umgehend besorgt wird und nicht erst beim Eingange des Paketes. Der Absender bei Paketen über 5 Kilogramm hat daher, sofern er eine Einfuhrbewilligung nicht selbst beibringt, auf den Stammteil der Paketkarte zu vermerken „Einfuhrbewilligung beim Empfänger" oder „Einfuhrbewilligungsfrei". Es ist Sache der Absender, sich hierüber vorher Gewißheit zu verschaffen. Die Annahme der Pakete ohne diese Vermerke wird abgelehnt.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 27. Juli.

Geschichtskalender

27. Juli. 1794 IX. Thermidor: Sturz Robespierres. — 1830 Beginn der Pariser Julirevolution. — 1896 Internationaler Arbeiterkongreß zu London.

Karlsruher Parteinachrichten

Die Steuerfragen

bilden überall das Tagesgespräch, es herrscht über dieselben vielfach große Unklarheit. Wenn unsere Parteimitglieder über Steuerfragen orientiert sein wollen, so ist ihnen in der heute abend ½8 Uhr im oberen Saale des Konzerthauses stattfindenden **Parteiversammlung** Gelegenheit geboten. In derselben spricht Gen. Reichstagsabg. Riedmiller (Freiburg) über „Steuerfragen". Genossen und Genossinnen, erscheint daher zahlreich.

Zur Frage der Ueberführung von Kriegerleichen

hat der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Lewald in der Reichstagssitzung vom 14. Juni 1921 folgende Ausführungen gemacht:

Um ein Urteil über die Frage der Rückführung deutscher Kriegerleichen aus dem Auslande nach der Heimat gewinnen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, wie die Verhältnisse auf diesem Gebiete tatsächlich liegen.

Mehr als eineinhalb Millionen deutscher Krieger sind außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches in fremder Erde gebettet; sie ruhen in Massengräbern, die in der ehemaligen Kampfzone liegen, oder in Einzelgräbern, die in der Mehrzahl in Soldatenfriedhöfen zusammengefaßt und nur zum kleineren Teil im Kampfgebiet oder außerhalb desselben verstreut sind.

Die Ausgrabung ist bei Massengräbern **ausgeschlossen**, da die Ruhe der anderen Toten nicht gestört werden darf und die Identität fast nie festzustellen sein wird. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den großen Soldatenfriedhöfen, insbesondere auf dem westlichen Kriegsschauplatze, die zum größten Teil erst jetzt durch Umbettungen der vereinzelt beerdigten Krieger entstanden sind. Nach der langen Zeit, die seit den Kämpfen vergangen ist, ist es nicht immer möglich gewesen, die sterblichen Ueberreste eines jeden einzelnen mit Sicherheit festzustellen. Bei der weit geringeren Zahl von Gräbern, die einzeln oder auf Friedhöfen außerhalb des Hauptkampfgebietes liegen, würde eine Heimführung in vielen Fällen an sich wohl möglich sein. Der Durchführung stehen aber in erster Linie die **Kosten** entgegen, die für Sargbeschaffung, Ausgrabung, Beförderung usw. insgesamt entstehen. Sie betragen zum Beispiel bei einer Ueberführung von Nordfrankreich nach Berlin für einen Transport etwa 20 000 M. Nur die begüterten Kreise der Bevölkerung würden dazu in der Lage sein, während die weniger bemittelten Deutschen auf die Heimführung ihrer Toten verzichten müßten. In dieser das tiefste Gemütsempfinden der Hinterbliebenen berührenden Frage sollte es einen Unterschied zwischen arm und reich nicht geben. Der Ort, wo ein Krieger gefallen und bestattet ist, ist sein Ehrengrab. Diese Auffassung herrscht in weiten Kreisen des Volkes. Ein Vergleich mit Frankreich zeigt insofern einen grundlegenden Unterschied, als in Deutschland nur etwa 90 000 französische Krieger ruhen, die in der Gefangenschaft gestorben und in friedensmäßig hergerichteten Einzelgräbern bestattet sind.

Alle diese Umstände sprechen **gegen die Leichenüberführungen** und haben es ratsam erscheinen lassen, Zurückhaltung in dieser Frage zu üben. Die Reichsregierung hat daher bisher keine Verhandlungen darüber mit den Ententestaaten angeknüpft. In Brüssel beginnen Besprechungen mit Vertretern der Entente über gegenseitige **Kriegsgräberfürsorge**. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Leichenüberführungen zur Erörterung kommen.

* **Es war wieder mal nichts!** Schon seit einigen Tagen prophezeit der Wetterbericht Gewitter, Regen und Abkühlung, also Gaben, auf die wir alle sehnlichst warten. Nun gestern abend glaubte man, daß der Wetterbericht es erraten habe, aber nichts war es, der Jubel war zu früh. Was uns der Wettersmann an Regen bescherte, war ein Tropfen auf einen heißen Stein, eine schwache homöopatische Dosis, die nichts nützte. Menschen und Pflanzen harren nach wie vor der Erfrischung und Abkühlung, die Schwüle hat nicht nachgelassen, wir brauchen Regen und zwar einen ergiebigen Regen, wenn der durch die Trockenheit angerichtete Schaden nicht noch größer und neues Elend verhütet werden soll.

= **Besseres Brot — teuereres Brot.** Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat an die Landesregierung ein Schreiben gerichtet, in welchem ausgeführt wird, daß bei der Herstellung von Gebäck aus freiem Mehl großer Wert darauf gelegt werden muß, daß auch das rationierte Brot der Bevölkerung in einwandfreier Beschaffenheit geboten wird. Aus diesem Grunde ist davon abgesehen worden, die bisherige Brotstreckung von Reichswegen fortzusetzen, vielmehr werden die Kommunalverbände vom 15. August ab in voller Höhe ihres Bedarfs mit Brotgetreide oder Mehl beliefert werden. Auch die örtlichen Stellen müssen von einer Brotstreckung absehen. Somit darf vom 15. August ab das Brot nicht mehr mit Streckungsmitteln hergestellt werden.

= **Die Kleingärten an der Durlacher-Allee.** Man schreibt uns: In letzter Zeit hat sich ein Verein von einigen Pächtern der Kleingärten an der Durlacher-Allee gebildet, um, wie vorgeschützt wird, die Interessen der Pächter der Stadtverwaltung gegenüber energischer vertreten zu können. Die Propaganda zum Eintritt in diesen Verein fand auch in ganz rigoroser Weise statt, insbesondere mit der Drohung, daß jedem sein **Gärtchen genommen** werde, der nicht dem Verein beitrete. Hierdurch ließen sich einige einschüchtern. Der größte Teil der Pächter konnte sich jedoch nicht entschließen, dem Verein beizutreten, weil durch die Vereinsunkosten die Gärten ganz erheblich verteuert werden. Es ist bekannt geworden, daß die Stadtverwaltung beabsichtigt, das Pachtverhältnis auf 11. November — Martini — zu kündigen und die **weitere Verpachtung dem Verein** zu übergeben. Die Befürchtung ist damit begründet, daß Machenschaften begünstigt würden, weil auch Leute dem Verein beigetreten sind, die gar keinen Garten haben, wegen Geschäftsinteresse, oder die, um auf diese Weise zu einem Kleingarten zu kommen gedenken. Die bisherigen Pächter haben aus der Wildnis, die der Schuttplatz darstellte, unter großer Arbeit, Mühen und Opfern einen einigermaßen benutzbaren Garten hergerichtet und könnten jetzt erst einen kleinen Nutzen erhoffen. Nun soll diesen Leuten, die sich geschunden und geplagt haben, der Garten abgenommen werden und solchen gegeben werden, die diese Arbeit bisher scheuten und ohne größere Mühe nur ernten möchten. Der größte Teil der Pächter verlangt, daß die Stadtverwaltung die Gärten den **bisherigen** nach wie vor beläßt, ohne daß sie gezwungen werden, diesem Verein beizutreten und diesen Leuten unnötige hohe Kosten erspart bleiben bei diesen teueren Zeiten. Auch ist es fraglich, ob dieser neugegründete Verein der Stadtverwaltung die nötige Gewähr bietet, weil der Beitritt zum Verein auf solche Weise von einzelnen Personen erzwungen ist. Wir Gartenpächter bewahren unsere bürgerliche Freiheit, verlangen und erhoffen als Karlsruher Bürger aber von der Stadtverwaltung, daß sie keine solche Zwangsmaßregeln ergreift, oder fördert, sondern den alten Pächtern auch Rechnung trägt. Hätte die Stadtverwaltung je die Absicht gehabt, eine Geschäftsvereinfachung herbeizuführen, so hätte sie besser getan, sich zuvor mit den alten Pächtern ins Benehmen zu setzen, als daß sie einen Vorschlag unterbreitet, einen Verein zu gründen, der seine Mitglieder auf solche Art und Weise zu erwerben sucht und Mitglieder führt, die tatsächlich gar keine Gartenpächter sind.

(Man muß schon sagen, daß das Vorgehen obengenannten Vereins stark nach Terrorismus riecht, weshalb wir auch der Einsendung Raum gegeben haben, um dagegen protestieren zu können. Wir verkennen dabei jedoch die Notwendigkeit der Vereinigung der Kleingartenpächter, wie dies in der Weststadt usw. geschehen ist, absolut nicht, aber eine Anwendung von Mitteln, wie sie in der Zuschrift geschildert werden, ist einfach verwerflich. Wie uns versichert wird, hat der Verein der Pächter von Kleingärten an der Durlacher Allee weder mit der Tendenz noch mit dem Verein der Weststadt selbst auch nicht das geringste zu tun.)

≃ **Briefkastenleerung.** Vom 28. ab erfolgt die gesamte Briefkastenleerung — ausgenommen der des Stadtteils Mühlburg — durch das Postamt 2 (Hauptbahnhof). Nachfragen, Laufschreiben usw. wegen der durch die Stadtbriefkasten aufgelieferten Sendungen sind künftig an das Postamt 2 hier zu richten.

Kunstgliederbau G. m. b. H. In das Handelsregister wurde eingetragen unterm 18. Juli 1921: Kunstgliederbau G. m. b. H. Ettlingen. Der Geschäftsführer Herr Eugen Lucan in Ettlingen ist als solcher ausgeschieden. An seine Stelle tritt Herr Karl Pirsch, Kaufmann in Karlsruhe. Somit ist Herr Karl Pirsch gemeinsam mit dem seitherigen Geschäftsführer, Herrn Karl Kürble zeichnungsberechtigt für das Hauptgeschäft in Ettlingen, sowie für die Filialen Mannheim, Rastatt, Offenburg und Donaueschingen. Die Gesellschaft hat ihr Stammkapital erhöht und zwar von 120 000 M auf 200 000 M. Fabrikation der Firma ist: Herstellung künstlicher Glieder, Apparate, orth. Schuhen, sowie aller in das Fach einschlagenden Arbeiten.

Stadtgarten-Doppelkonzert. Nachdem in letzter Zeit fremdländische Weisen die Stadtgartenkonzerte beherrschen, wird am kommenden Freitag wieder deutsche Musik die Stadtgartenbesucher erfreuen. Die beiden Karlsruher und Bruchsaler Kapellen werden das auserwählte Programm bemeistern. Näheres siehe Inserat.

p. **Waldbrand.** Gestern nachmittag ¼4 Uhr entstand im Rheinwald beim sogenannten „Grünen Wasser" ein Waldbrand wobei in einer Ausdehnung von 150 Metern das Unterholz vernichtet wurde. Das Feuer konnte durch Arbeiter des städt. Hafenamts nach einstündiger Tätigkeit gelöscht werden.

p. **Unfall. In einer Fabrik in** Mühlburg kippte eine unter einem Auto angesetzte Winde um, wodurch ein 40 Jahre alter Hilfsarbeiter erhebliche Quetschungen am linken Arm und an der Brust erlitt, welche seine Aufnahme in das städt. Krankenhaus erforderlich machten.

p. **Schieber.** Vorgestern wurden hier zwei Gepäckträger aus Mannheim festgenommen, welche Zucker im Werte von 2100 M ohne Handelserlaubnis veräußerten.

Valuta-Bericht vom 26. Juli

Markkurs in der Schweiz ca. 7.75. Auszahlung Holland notierte 24.40 M per hfl. Auszahlung Schweiz notierte 12.85 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte 281 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 6.06 M per frz. Fr. Auszahlung Neuyork notierte 78½ M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 27. Juli 1921

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: Sehr heiß, meist trocken, nur vereinzelt Gewitter.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 105, gef. 10 Ztm. Kehl 209, gef. 2 Ztm. Maxau 358, gef. 3 Ztm. Mannheim 232, gef. 2 Ztm.; Neckar 227, gef. 3 Ztm.

Letzte Nachrichten

Hilfsaktion für das hungernde Rußland

Berlin, 26. Juli. **Die Zentrale der K.P.D. hat an die sozialdemokratische Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaften, der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und Kommunisten und der K.A.P. zu Gunsten des hungernden Sowjetrußlands anregt. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie hat sich mit der allgemeinen Hilfsaktion einverstanden erklärt und bereits Delegierte in das zu bildende allgemeine Hilfskomitee bestimmt. Der Vorstand erwartet, daß an der Hilfsaktion auch die Kreise sich beteiligen, die außerhalb der genannten Verbände stehen.**

Die deutschen Kriegsverluste

Berlin, 26. Juli. Nach einer Zusammenstellung des **Zentralarbeitsnachweises**, die von Zeit zu Zeit noch ergänzt werden soll, haben sich bis zum 31. Dezember 1920 die **deutschen Kriegsverluste** auf **1 792 368 Tote** und **4 246 872 Verwundungen** belaufen. Auf das **Landheer** treffen davon **1 763 979 Tote** und **4 214 579 Verwundungen**, auf die **Marine 34 256 Tote** und **31 085 Verwundungen** und auf die Schutztruppen 1133 Tote und 1210 Verwundungen. Die Zahl der **Vermißten**, die sich im Laufe der Nachforschungsarbeiten natürlich dauernd ändert, wird augenblicklich auf **200 000** geschätzt.

Frankreich immer noch für Truppenverstärkungen

Tu. Paris, 27. Juli. **Briand** ist gestern von Weekend zurückgekehrt und hat sich sofort mit dem Generalsekretär Berthelot besprochen. **Im Laufe des Nachmittags ist der französische Botschafter in London angewiesen worden, Lloyd George energisch auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß die Sicherheit der französischen Truppen in Oberschlesien gewährleistet werden müsse, bevor eine Entscheidung über die Aufteilung Oberschlesiens getroffen werde.** Französischerseits hofft man also immer noch, daß die **englische Regierung** in der **Frage der Truppenverstärkung nachgeben** wird. Die englische Presse läßt aber erkennen, daß die Notwendigkeit von Truppenverstärkungen vor dem Zusammentritt der Ententekonferenz und der Entscheidung über Oberschlesien so gut wie ausgeschaltet ist. Es ist möglich, daß doch noch in letzter Stunde ein Mittelweg hüben und drüben in dieser Frage gefunden wird. Es scheint, daß in der gestrigen Note Briands der Nachdruck nur noch darauf gelegt ist, daß wenigstens in dem Augenblick, wo die Entscheidung über Oberschlesien bekannt wird, mehr Truppen bereit stehen. Briand stellt damit die Diskussion auf eine neue Grundlage und gibt der englischen Regierung die Möglichkeit, Entgegenkommen zu zeigen.

Eisenbahnunglück in Sachsen

WTB. Görlitz, 26. Juli. Aus **Ebersbach in Sachsen** wird gemeldet: Heute nachmittag gegen 1 Uhr stieß auf der eingleisigen Strecke zwischen Ebersbach und Dürrhennersdorf eine von Ebersbach kommende leerlaufende Vorspannlokomotive mit einem von Löbau kommenden, aus Lokomotive und einem Personenwagen bestehenden Prüfungszug der Dresdener General- und Betriebsdirektion zusammen. Die Prüfungskommission hatte bereits in Dürrhennersdorf den Zug verlassen. Beide Lokomotiven fuhren mit voller Wucht aufeinander, sodaß sie vollständig zertrümmert wurden. Ebenso wurde der Passagierwagen schwer beschädigt. Der Lokomotivführer der Vorspannlokomotive wurde getötet, der Heizer erheblich verletzt. Das Personal des Prüfungszuges erlitt leichte Verletzungen.

Folgenschwere Explosion

WTB. Gleiwitz, 26. Juli. **Die bereits gemeldete Explosion der Sprengstoff-Fabrik Kriwald stellt sich als schwerer heraus, als die ersten Nachrichten erkennen ließen. Die ganze**

Theater, Kunst und Wissenschaft

Konzerthausoperette

Die Aufnahme der **„Csardasfürstin"** war, wenn auch nicht als Selbstverständlichkeit, nur zu begrüßen. Lola Karolyi in der Hauptrolle hatte vor allem wieder einige Ueberraschungen in den Kostümen gebracht, die ganz nach den allerneuesten „Journalen" gearbeitet waren. Die gesangliche und darstellerische Leistung der unermüdlichen Künstlerin verdient um so mehr Anerkennung, als sie am Sonntag, über den wir berichten, zweimal in führenden Rollen auftrat. Das gilt auch von Peter Hoenselaars, bei dem die Einfachheit des Spiels wie auch die Gewähltheit im Gesang an diesem Abend sehr zu fesseln verstand; für den Dialog darf ihm mit dem David der Meistersinger vorgeschlagen werden: „Jed' Wort und Ton muß klärlich klingen". Edith Beer, im Tanz von der gleichen Frische wie im Spiel, das wohltuend frei von aller Routine ist, zeigte als Stasi, daß sie sich wirklich auf einer aufsteigenden Linie befindet. Auch die Stimme zeigte Klang und Farbe. Henry Berg war als Boni geradezu hinreißend komisch. Daß dabei alles mit Vornehmheit abgeht, nimmt für den ausgezeichneten Künstler noch mehr ein, dessen stürmische Heiterkeitserfolge vollauf berechtigt waren. Carl Loebell versteht es, auch aus kleineren Partien etwas zu machen; seine Feriapasi zeigte feinee Züge, die durch den gesanglichen Erfolg des ersten Aktes noch gestützt wurden. Hans Felder, der ein wenig übertrieb und Emma Boll gaben das halbfürstliche Ehepaar mit guter Charakteristik. Neben dem klangvollen Tenor von Josef Grötzinger (Notar) fiel das sichere Spiel von Heinz Zutavern im ersten Akt auf. Alexander Federscher leitete das Werk sehr geschmackvoll. Daß unser trefflicher Chor wieder erstklassiges bot, versteht sich von selbst.

s. k.

*

In der zweiten Volksbühneaufführung des **„Bozelhändler"** gab anstelle des erkrankten Frl. Rainer Frau Lange-Bake die Brief-Christel. Einem Vergleich mit Frl. Rainer hält Frau Lange-Bake nur nach der gesanglichen Seite hin stand. Darstellerisch konnte die einheimische Künstlerin auch nicht im entferntesten an den Wiener Gast heranreichen. Alle Beweglichkeit und Theaterroutine können darüber nicht hinwegtäuschen. Frau Lange-Bake spielt die Brief-Christel, Frl. Rainer aber lebt sie; in ihrem Spiel vereinte sich Natürlichkeit, jugendliche Anmut, Lebenslust, Charme, Herzlichkeit und Frische zu einem abgerundeten Ganzen, das den Hörer und Beschauer mitreißt. Die Brief-Christel von Frau Lange-Bake läßt aber kalt; es fehlt halt „das gewisse Etwas" der Wienerin! Wir hoffen, daß Frl. Rainer rasch wieder hergestellt wird — die Genesung dürfte um so rascher vor sich gehen, je rascher auch gewisse sich wieder bemerkbar machende Theater-Intriguen beseitigt werden —, damit die Volksbühne wieder die abgerundete, prächtige Aufführung, wie sie am ersten Abend herauskam, zu sehen und zu hören bekommt. hw.

*

Nun ein paar ernsthafte Worte über die nach unserer Meinung zu treffenden Maßregeln zur Erhöhung der Besucherzahl.

Positiv ist für die Konzerthausoperette zunächst hervorzuheben: 1. der kühle Theaterraum, der gerade in unsern backöfelichen Tagen einen besonders angenehmen Aufenthalt bietet. 2. Das vortreffliche Ensemble, Orchester, Chor, — mit einem Wort die Qualität des Gebotenen. Und alles im Verein mit der Pünktlichkeit des ganzes Betriebes ist für eine erwünschte Besucherzahl dankbar geeignet.

Dagegen legen sich folgende Mißstände hemmend in den Weg. Es ist nachgerade genug über die raffiniert ungeschickte Lage der Konzerthausbühne hinsichtlich der akustischen Verhältnisse gesagt und geschrieben worden. So ist in gar keiner Hinsicht einzusehen, warum die von allen Seiten begrüßte Vorlegung der Bühne nicht beibehalten wurde. So störend waren die dekorationstechnischen Schwierigkeiten gewiß nicht, daß sie allein die Wiederherbeiführung des alten (archaischen) Zustandes veranlaßt haben können. **Weshalb aber hat man die Bühne wieder zurückverlegt?** Wir haben ein Recht so zu fragen, d. h. ein Recht auf eine bündige Antwort! Nicht allein die Zuhörer trifft diese kastenmäßige Reserviertheit der Bühne, auch die Sänger haben empfindlich darunter zu leiden. Sind also keine ganz triftigen Gründe gegen diese Maßnahme geltend zu machen, dann wieder **vor** mit den Brettern!! Die Besucher der Seitengalerie werden sich dann auch ohne weiteres mehren, — allerdings, wie es uns scheint, doch nur unter Erfüllung noch einer Bedingung. Die Galerieplätze sind zumeist sehr schlecht, sowohl was den akustischen Teil der Theatergenusses angeht, wie auch durch die denkbar ungünstigen optischen Verhältnisse, wobei, da man doch schon einmal auf dem Gebiet des „Sinn"-Zusammenhangs angelangt ist, die durch das ständige Vorbeugen verursachte Kreuz- und Muskelanspannung dem Organismus keinerlei Ersatz für das Verlorengehende bieten kann. Schließlich geht man doch — bei der Operette wenigstens — zur Erholung ins Theater und nicht, wie die Griechen zum Gottesdienst! Die letzteren bekamen übrigens für den Theaterbesuch etwas, — was die Besucher der Konzerthausgalerie nicht mit reinem Gewissen von sich sagen können. Es trifft zwar nicht zu, daß die Plätze da oben „geschenkt zu teuer" wären. Gewiß nicht! **Aber der gegenwärtige Preis für die sittliche Galerie ist entschieden zu hoch.**

Wir betonen, um — bei der Karlsruher Atmosphäre! — irgendwelcher Neigung zu Mißverständnissen vorzubeugen, daß wir dies lediglich im Interesse des Theaters hier vorbringen. Der Besuch der Operette muß besser werden. In dieser Richtung wünschen unsere Vorschläge zu wirken.

*

Einen Gottfried Keller-Preis im Werte von 100 000 Franken hat ein junger Züricher gestiftet, aus dessen Zinsen mindestens 6000 Franken alle zwei Jahre für das beste literarische Werk des schweizerischen Schrifttums gestiftet werden sollen. Laut „Konst. Ztg." sollen kleine Ehrengaben auch an bedürftige Schriftsteller des deutschen Sprachgebietes verteilt werden.

*

Zum Intendanten des Stadttheaters in Essen wurde einstimmig der frühere Intendant des badischen Landestheaters in Karlsruhe, Stanislaus Fuchs, gewählt.

Sprengstoff-Fabrik Lignose ist in die Luft geflogen. 11 Arbeiter wurden sofort getötet, 3 weitere starben auf dem Transport ins Krankenhaus, 5 Arbeiter sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten wird auf über 20 geschätzt. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Entstehungsursache der Explosion ist bisher unbekannt. Der Betrieb wird auf längere Zeit stillgelegt werden müssen. In der Fabrik waren etwa 550 Arbeiter beschäftigt.

Großfeuer in Westpreußen

WTB. Schneidemühl, 26. Juli. Der „Gesellige" meldet: In einem in der Nähe gelegenen Dorfe brach heute in der Mittagsstunde ein Großfeuer aus. Mit rasender Geschwindigkeit griff es um sich. Um 2 Uhr waren vier Gehöfte mit den dazu gehörigen Stallungen und Scheunen vollständig niedergebrannt, insgesamt etwa 15 Gebäude. Mit Mühe gelang es den Bewohnern, einen geringen Teil der Habe und des Mobilars zu retten. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Die abgebrannten Häuser waren alle mit Stroh bedeckt. Den Anstrengungen von mehr als 5 Feuerwehren gelang es, die weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten.

Industriekrise in Oesterreich

WTB. Wien, 27. Juli. Wie aus Mährisch-Ostrau gemeldet wird, herrscht dort eine starke Industriekrise. Die Witkowitzer Eisenwerke haben sich infolgedessen genötigt gesehen, 15 000 Arbeitern zu kündigen. Sie beabsichtigen, am 1. August weitere 15 000 Arbeiter zu entlassen. Die Industrieaktiengesellschaft Oderburg hat nur dadurch die Schließung ihres Betriebs vermeiden können, daß einer nach Prag gesandten Abordnung von Arbeitern und der Betriebsleitung Staatsaufträge zugesichert wurden.

Großer Waldbrand

TU. Mülhausen i. E., 26. Juli. Eine ungeheure Feuersbrunst, die noch immer anhält, droht den großen Wald zwischen Gräfenwald und Wittelsheim zu zerstören. Das Feuer scheint durch Funken der Lokomotive des Zuges Mülhausen—Thann entstanden zu sein. Sämtliche Feuerwehren der umliegenden Dörfer sind zur Hilfeleistung angerückt. Man befürchtet, daß der ganze Wald ein Opfer der Flammen werden wird..

Zusammenstoß von Streikenden und Arbeitswilligen

TU. Gebweiler, 26. Juli. Seit vier Wochen stehen 900 Metallarbeiter der Firma Schlumberger im Streik, weil die Metallarbeiter nach Beendigung der Lohnbewegung versuchten, einige unorganisierte Arbeiter und Unabhängige in den Elsaß-Lothringischen Metallarbeiterverband aufzunehmen. Hinsichtlich der Aufnahme der Unabhängigen kam es schließlich zu Tätlichkeiten, so daß die Firma den Betrieb schließen mußte. In letzter Zeit stellte die Firma wieder etwa 25 Mann ein. Als die Arbeitswilligen an einem Abend die Fabrik verließen, kam es mit den Streikenden zu Zusammenstößen, die größeren Umfang annahmen.

Zerstörungsversuche der Moskauer

WTB. Paris, 26. Juli. Der ausführende Ausschuß der Moskauer Gewerkschaftsinternationale hat an den in Lille tagenden Gewerkschaftskongreß einen Aufruf gerichtet, er möge die Internationale von Amsterdam verlassen und sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen. Der Aufruf ist von dem deutschen kommunistischen Gewerkschaftler Mayer mitunterzeichnet.

Die Alliierten erkennen die Notwendigkeit einer raschen Lösung des oberschlesischen Problems

TU. Paris, 26. Juli. Am gestrigen Tage haben sich die Alliierten über die Notwendigkeit geeinigt, die Sachverständigen bereits am Donnerstag zusammen zu berufen, um die Lösung des oberschlesischen Problems vor dem Zusammentritt des Obersten Rates vorzubereiten.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen Mk. 1.20 die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen Mk. 1.50 die Zeile

Veranstaltungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.

Karlsruhe. (Schachfreunde.) Heute abend 8 Uhr hält die im Restaurant zum „Auerhahn" neugegründete Ortsgruppe Karlsruhe-Südstadt des Arbeiter-Schachklubs Karlsruhe ihren ersten Spielabend ab, wozu alle Interessenten freundlichst eingeladen sind. 5332

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Kommenden Donnerstag abend ½9 Uhr: Ausschußsitzung in der Festhalle. Hierzu sind besonders die Unterkassierer eingeladen. 5333

Kehl. (Arbeiter-Radf.-Verein „Frisch auf".) Am Donnerstag den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Vereinigung wichtige außerordentliche Mitgliederversammlung. 5328

Der 2. Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe

Heute Mittwoch, den 27. Juli, abends 7½ Uhr, findet im Städt. Konzerthaus (Oberer Saal) eine

Mitglieder-Versammlung

statt. Tagesordnung: 5137

1. Wahl von Mitgliedern für den Kreisvorstand.
2. Die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage.

Referent: Reichstagsabg. Gen. Riedmiller.

Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen erwartet 5330

Der Vorstand.

Hilfsbund vertr. Elsaß-Lothringer

Ortsgruppe Karlsruhe.

Freitag, den 29. Juli, abends 8 Uhr findet im „Elefanten", Kaiserstraße 42

Versammlung

statt. Tagesordnung:

1. Das Entschädigungsgesetz vor dem Reichstag. Referent: Herr Nußbaum, Berlin.
2. Grundzüge des Gesetzes über die Verdrängungsschäden. — Referent: Herr Rechtsanw. Boesen.
3. Freie Aussprache.

Vollzähliges Erscheinen erwartet. 1713

Der Vorstand: Fritz Roll.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Filiale Karlsruhe.)

Achtung! Mitglieder! Achtung!

Am Freitag, den 29. ds. Mts., gleich nach Geschäftsschluß, findet im „Elefanten", Kaiserstraße, eine wichtige

Mitglieder-Versammlung

statt. Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlung mit der Zentral-Schlichtungsinstanz in Berlin.
2. Verbandsangelegenheiten.

Wegen außerordentlicher Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen unbedingt erforderlich. 5331

Keiner darf fehlen!

Die Filialleitung.

J. A.: W. Koch.

NB. Am Saaleingang Mitgliedsbuch zur Kontrolle vorzeigen, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. D. O.

Klavier-, Violine-, Harmonium-

Unterricht erteilt sehr gründlich und sachgemäß auch während der Ferien R. Treusch, Musiklehrer u. Organist, Hirschstr. 118

Läuse Flöhe Schwaben Holzwurm **Wanzen**

beseitigen Sie unter Garantie in ½ Stunde nur mit **Eckolda.**

Zu haben in Karlsruhe: 132.*

Kappes & Kluge, Friseure, Kaiserstraße 86.

Neue **Kartoffeln** Pfund Mk. 1.—

Zucherer

in sämtlichen Filialen

Telefon 392. 5334

Nach meiner Verdrängung aus Elsaß-Lothringen habe ich in der

OSTSTADT

Ecke Georg-Friedrich- und Ludwig-Wilhelmstraße nach vollständiger Neurenovierung der Ladenräume ein

Kolonialwaren- und Delikatessen-Weine-, Spirituosen- und Zigarrengeschäft

:-: :-: :-: eröffnet. :-: :-: :-: 5337

Durch langjährige selbständige Tätigkeit und günstigen Einkauf werde ich in der Lage sein, nur erstklassige Waren zu den billigsten Tagespreisen zu führen.

Um zahlreichen Zuspruch bittet **AUGUST ERNST** TELEPHON NR. 5406.

Städt. Konzerthaus

Mittwoch, den 27. Juli 7 bis geg. 10 Uhr M. 12.20

Die Rose von Stambul.

Kostüm-Züglerinnen

sofort gesucht

Färberei und Chem. Wasch-Anstalt Burg Karlstr. 43. 5324

Gehrock-Anzüge

schwarze u. farb. Sacco-Anzüge, mehr. Zylinder-Hüte, dar. Klapp, W. 55 bis 60, all. gut erh. billig abzugeben Essenweinstr. 32/II b. Axelrad. 5318

Kleider, Schuhe

Wäsche, Möbel, kaufen Sie am billigsten im An- u. Verkaufsgeschäft Glotzer, Zähringerstraße 53 a, Teleph. 3488.

Gummisohlen

aufgeklebt ohne Nägel, Sohlen und Absätze 21 M. Von auswärts zugesandte Arbeit wird in zwei Tagen zurückgesandt

Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb.

Waldhornstr. 36

Ecke Markgrafen- und Zähringerstraße.

Höchste Preise

für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen rc. rc.

zahlt stets **S. Axelrad**

Telefon 3980 5051

Essenweinstr. 32, 2. St.

Betriebsräte-Schule!

Schriftliche Lehrkurse in praktischer Anordnung. Gleichzeitig Nachschlage- und Auskunftswerk. Keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie ausführlichen Prospekt von Partei-Buchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16.

STADTGARTEN

Samstag, 30. Juli, 8—11 Uhr (nur bei gutem Wetter)

Sommernachtsfest

Doppel-Konzert

Feuerwehr-Kapelle und Männer-Gesangverein Concordia (200 Sänger).

Lampionschmuck des Gartens und der Boote, bengal. Beleuchtung der Anlagen und des Sees.

Eintritt: 2 Mk. (Jahreskarten), 3 Mk. (Sonstige), Kinder je die Hälfte. — Außer den Nord- und Südeingängen ist noch der östliche Eingang (links von der Festhalle) geöffnet. — Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 1714

Vielleicht

sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgetränkes mit einem Mostansatz hereingefallen und deshalb so mißtrauisch? Wenn dies der Fall, dann lassen Sie sich meine neueste Broschüre mit Orig.-Anerkennungen kommen. — — Viele täglich einlaufende :-: Anerkennungen. :-: 5336

Robert Ruf, Ettlingen 56

Heidelbeer-Versand.

Niederlagen in Karlsruhe bei: E. Deuble, Nachfolger, Drog., Augartenstr. und Emil Ruf, Portstr. 90.

Volks-Schauspiel Oetigheim

(bei Rastatt)

Wilhelm Tell.

Aufführung:

Jeden Sonn- und Feiertag bis Ende September.

Anfang 2 Uhr. Ende 6 Uhr.

Preise der Plätze: Sitzplätze: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 10 Mk., Stehplätze: 2 Mk., für Kinder 1 Mk.

Vorverkauf: Oetigheim Theaterkasse, Tel. 61 Rastatt, Karlsruhe Herder'sche Verlagsbuchhandlg., Tel. 1286, Zeitungskiosk beim Hotel Germania und Buchhandlung Kraus, Baumeisterstraße 4, Tel. 2261.

Zugverkehr nach Fahrplan.

Aufruf.

Möblierte Zimmer für Kurgäste.

Die seit langem zum ersten Mal wieder stattfindenden Rennen werden eine große Anzahl Fremder nach Baden-Baden führen, für die in den hiesigen Hotels und Pensionen nicht ausreichend Platz sein wird.

Wir bitten daher dringend die freien Zimmer entweder bei dem nächstliegenden Hotel oder bei dem unterzeichneten Amte schon jetzt anzumelden, da für diese Zeit jedes verfügbare Bett benötigt wird. 1715

Städt. Verkehrsamt Baden-Baden

Augustaplatz 1.

Tausende verwenden Ruf's

Spezialitäten zur Herstellung eines guten Getränkes

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten

zu 50 Liter M. 21.50
zu 100 Liter M. 42.50
zu 150 Liter M. 63.75

Mit Süßstoff kosten die 100 Liter M. 6.— mehr.

Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und Süßstoff

Flaschen zu 100 Ltr. M. 43.-
Flaschen zu 50 Ltr. M. 23.-

Ruf's Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz ohne Süßstoff

Flaschen zu 100 Ltr. M. 40.-
Flaschen zu 50 Ltr. M. 20.

Niederlage: Drogerie E. Deuble Nachf., E. Gebhard, Karlsruhe, Augartenstraße 24. 5303

So urteilen die Abnehmer:

Ottenbach, 15. Juli 1921. Im Auftrage meines Schwagers bitte ich Sie ein Paket Heidelbeeren mit Zutaten zu 200 Liter und ein weiteres Paket zu 150 Liter mir zusenden zu wollen. Zugleich spricht mein Schwager seine volle Zufriedenheit über das Getränk aus.

gez. Johannes E.

Dirigent 5326

durchaus erfahren, übernimmt leistungsfähige Gesangvereine. R. Treusch, Musiklehrer, Dirigent und Komponist. Hirschstr. 118.

Medizinal-Verein Karlsruhe.

Einkassierer gesucht.

Kriegsinvalide bevorzugt. Zu melden Glümerstraße 20, I l. 5323

Gipser-Gesuch.

Tüchtige Gipser können sofort eintreten bei

E. & H. Allmendinger

Gipser- u. Stukkatur-Geschäft 5328

Karlsruhe Melanchthonstr. 2.

Verlangen Sie überall RIEMPP

fst. geröst. **Kaffee**

versch. Preislagen offen u. abgepackt

Mischung

mit 10—25—50% Bohnenkaffee ½ Pfd. Pakete.

Kaffee-**Zusatz**

beste Rohstoffe ¼ Pfd. Pakete.

CHRISTIAN RIEMPP KARLSRUHE KAFFEE-IMPORT-GROSSRÖSTEREI COLONIALWAREN-GROSSHANDLUNG ESSIG- UND SENFFABRIK GEWÜRZMÜHLEN

Sie erhalten Qualität!

Bilder

mit Rahmen, große Auswahl, billigst. 4632

Schläfers Kunsthandlg., Kaiserstraße 38.

Rastatt. Rastatt.

Verkauf von **Alt- u. Neu-Möbel**

Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.

Karl Rauch, Dreherstr. 3. Dreherstr. 3

Durlacher Anzeigen.

Vergebung von Schreinerarbeiten.

Die Schreinerarbeiten für den Umbau der städt. Sparkasse sollen im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden. Angebote hierauf sind bis spätestens am Dienstag, den 2. August ds. Js., vormittags 10 Uhr, auf unserem Büro abzugeben, woselbst die Zeichnungen zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare unentgeltlich abgegeben werden 1711

Durlach, den 25. Juli 1921.

Städt. Hochbauamt.

Bruchsaler Anzeigen.

Kartenausgabe

am Donnerstag, den 28. Juli, von 8—12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben L bis einschl. R.

Bruchsal, den 27. Juli 1921. 1712

Kommunalverband Bruchsal-Stadt Kartenausgabestelle.